

N i e d e r s c h r i f t

**der 46. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
27.08.2008**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:00 Uhr bis 17:50 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados	OB
Herr Harald Bartl	CDU
Herr Martin Bauersfeld	CDU
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Herr Bernhard Bönisch	CDU
Herr Milad El-Khalil	CDU
Herr Joachim Geuther	CDU
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU
Herr Wolfgang Kupke	CDU
Herr Werner Misch	CDU
Herr Frank Sängler	CDU
Herrn Gernot Töpfer	CDU
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.
Frau Franziska Godau	DIE LINKE.
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.
Herr Uwe Heft	DIE LINKE.
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.
Herr Erhard Preuk	DIE LINKE.
Herr Hans-Jürgen Schiller	DIE LINKE.
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	DIE LINKE.
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD
Frau Gertrud Ewert	SPD
Herr Thomas Felke	SPD
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD
Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Gottfried Koehn	SPD
Herr Johannes Krause	SPD
Herr Michael Zeidler	SPD
Herr Dr. Christian Fiedler	GRAUE
Herr Dr. Wilfried Fuchs	FDP
Herr Andreas Hajek	FDP
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle
Frau Brigitte Thieme	GRAUE
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Herr Prof. Ludwig Ehrlert	MitBürger
Herr Denis Häder	WIR. FÜR HALLE.
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE.
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Andrea Machleid	NPD
Herr Dr. Thomas Pohlack	Bürgermeister
Herr Egbert Geier	BG
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG
Herr Wolfram Neumann	BG
Herr Dr. Bernd Wiegand	BG
Herr Thomas Willecke	Verw

Entschuldigt fehlen:

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU
Herr Andreas Nowotny	CDU
Frau Isa Weiß	CDU
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.
Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE.
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Tom Wolter	MitBürger

zu **Einwohnerfragestunde**

Frau Prof. Dr. Pia Schmid äußerte sich bezüglich des Frischemarktes auf dem diesjährigen Weihnachtsmarkt Halle mit folgender Frage:

Während des Weihnachtsmarktes soll kein Frischemarkt auf dem Marktplatz sein. Welche Alternativen bietet die Stadt den Kunden für diese 6 Wochen an?

Herr Beigeordneter Dr. Wiegand teilte mit, dass die Markthändler von der Verwaltung das Angebot erhalten haben, sich in den Weihnachtsmarkt zu integrieren. Acht Händler haben dieses Angebot angenommen und werden ihren Stand auch weihnachtlich gestalten. Die übrigen Händler haben die Möglichkeit, auf dem Hallmarkt ihre Stände aufzubauen.

Anmerkung: Auf Nachfrage im TOP 7.6 korrigierte Herr Beigeordneter Dr. Wiegand seine Antwort in der Einwohnerfragestunde bezüglich des Hallmarktes, gemeint war „Alter Markt“.

Herr Roland Manske äußerte sich zum Halle-Neustädter Markt mit vier Fragen:

1. Bekommt die Neustädter Passage wieder eine Uhr, die von allen Seiten sichtbar sein wird? Herr Manske schlug dafür die Scheiben B und D vor.
2. Wieso läuft kein Wasser im Springbrunnen an der Neustädter Passage? Soll Wasser oder Strom gespart werden?
3. Wird etwas gegen das Unkraut an den 11 Blumenrabatten an der Neustädter Passage getan?
4. Am Treppenaufgang zur Hauptpost befindet sich ein Loch. Soll das so bleiben oder wird dort etwas gebaut? Gerüchten zufolge soll dort ein Personenaufzug hinkommen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados stimmte mit Herrn Manske überein, dass eine Uhr dorthin gehört.

Die Verwaltung werde die vier Sachverhalte prüfen und danach Herrn Manske eine schriftliche Antwort zukommen lassen.

Frau Birgit Rufer äußerte sich als Obst- und Gemüsehändlerin des Hallenser Wochenmarktes mit folgender Frage:

Welchen Standplatz kann die Stadt den Händlern des Obermarktes während des Weihnachtsmarktes anbieten?

Sie habe innerhalb einer Woche nahezu 2 000 Unterschriften aus der Bevölkerung erhalten, die sehr deutlich zum Ausdruck bringen, dass die Hallenser durchaus einen Frischemarkt während des Weihnachtsmarktes auf dem Obermarkt wünschen.

Der Möglichkeit, auf dem Hallmarkt den Frischemarkt aufzubauen, stünde sie sehr positiv gegenüber.

Frau Rufer übergab die Unterschriftsliste Frau Oberbürgermeisterin Szabados.

Herr Beigeordneter Dr. Wiegand machte Frau Rufer den Vorschlag, einen Gesprächstermin zu vereinbaren, um eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Herr Heinz-Günter Ploß äußerte sich bezüglich des TOP 5.2 zur Wilhelm-von-Humboldt-Schule mit zwei Fragen:

1. Eine Umfriedung der Wilhelm-von-Humboldt-Schule ist mit dem Neubau nur zum Teil erfolgt. Was wird gegen Graffiti und Vandalismus getan? Wie geht die Stadt hinsichtlich der Haushaltskonsolidierung mit den entstehenden Reinigungskosten um?
2. Die Schule habe für die Lehrer einen Parkplatz zur Verfügung gestellt. Dafür wurde eine 6 m breite Zufahrt errichtet. Während der Baumaßnahme wurden zwei Linden entfernt, die nicht hätten entfernt werden dürfen. Dafür gibt es Ordnungs- und Bußgeldverfahren. Wurde ein Bußgeldverfahren eingeleitet? Warum hat niemand den Fehler bei der Projektierung bemerkt? Und weshalb hat die HASTRA diesen Fehler nicht korrigiert und versucht, die Einfahrt kleiner zu machen? Wie geht die Stadt mit diesen Fehlern um?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete zur ersten Frage, dass bei Graffiti der Betreiber informiert werde und dieser für die Entfernung zu sorgen habe. Die Stadt werde prüfen, welche Möglichkeiten es im Zuge der Haushaltskonsolidierung gibt, Vandalismus und Graffiti vorzubeugen.

Zur zweiten Frage bat Frau Oberbürgermeisterin Szabados Herrn Ploß um Verständnis, dass sie nicht sofort Auskunft geben könne, da es sich hierbei auch um einen personalrechtlichen und verwaltungsinternen Sachverhalt handelt. Sie sicherte eine Prüfung zu.

Herr Günter Cautius äußerte sich mit folgenden Fragen:

1. Warum wird sich nicht mehr mit dem Thema Hanse beschäftigt? Hängt das mit dem Hafen Trotha und dem Bau einer Schleuse zusammen? Wie will die Stadt den Hafen Trotha beleben, wenn sie diesen nicht über die Hanse popularisiert?
2. Kann die Stadt am Gestüt Kreuzvorwerk wieder ein Pferdegestüt einrichten? Mit den Pferden könnte die Heide bewirtschaftet werden. Das wäre für die Stadt und Forstwirtschaft bei den steigenden Öl- und Benzinpreisen eine kostengünstige Alternative.
3. Kann die Stadt für den modernen Fünfkampf einen Standort an der Sporthalle Brandberge aufbauen?
4. Warum baut die Stadt nicht auf dem Gelände hinter der Sporthalle Brandberge das neue Stadion?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass mit dem diesjährigen Hansefest in Halle und dem Hansefest in Salzwedel, bei dem die Stadt Halle auch teilgenommen hatte, das Thema Hanse wieder belebt werde. Die Stadt Halle sei auch Mitglied der neuen Hanse und langsam werde das auch wieder verstärkt in das Bewusstsein der Bevölkerung gerückt.

Bezogen auf die zweite Frage antwortete Frau Oberbürgermeisterin Szabados, dass die Stadt an dem Standort Kreuzvorwerk kein Gestüt gründen werde. Wenn Herr Cautius einen Investor kennt, der ein wirtschaftliches Interesse hat, könne dieser sich gern an die Stadt wenden.

Zur Frage des Stadions äußerte sie, dass an diesem Standort der Bau eines Stadions nicht realisierbar sei, die Infrastruktur lässt dies nicht zu.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, beendete die Einwohnerfragestunde.

Gleichzeitig gab er bekannt, dass Herr Krause als neuer SPD-Fraktionsvorsitzender gewählt wurde. Der bisherige Fraktionsvorsitzende, Herr Koehn, sei zum Stellvertreter gewählt.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 46. öffentliche Tagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 41 Mitglieder des Stadtrates (71,93 %) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass zum TOP 5.1

Ausschreibung von Betriebsführung, Instandhaltung (Wartung und Instandsetzung) und Energiebelieferung aller sich im Eigentum der Stadt Halle (Saale) befindlichen Straßenbeleuchtungsanlagen
Vorlage: IV/2006/06046

nachfolgender Änderungsantrag vorliegt:

TOP 5.1.1. Änderungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Beschlussvorlage "Ausschreibung von Betriebsführung, Instandhaltung (Wartung und Instandsetzung) und Energiebelieferung aller sich im Eigentum der Stadt Halle (Saale) befindlichen Straßenbeleuchtungsanlagen" (Vorlage:IV/2006/06046)
Vorlage: IV/2008/07440

Ebenso liege zum TOP 5.4

Ausbau/Umgestaltung Beesener Straße (Berg) - Grundsatzbeschluss -
Vorlage: IV/2008/07306

folgender Änderungsantrag vor:

TOP 5.4.1. Änderungsantrag des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Beschlussvorlage "Ausbau/Umgestaltung Beesener Straße (Berg) - Grundsatzbeschluss" (Vorlage: IV/2008/07306)
Vorlage: IV/2008/07441

Des Weiteren gebe es zum TOP 5.2

Beschluss über die Fortsetzung der Fördermaßnahme "Soziale Stadt" Halle-Neustadt
Vorlage: IV/2008/07261

nachfolgenden Ergänzungsantrag:

TOP 5.2.1. Ergänzungsantrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zur Beschlussvorlage IV/2008/07261 Beschluss über die Fortsetzung der Fördermaßnahme "Soziale Stadt" Halle Neustadt
Vorlage: IV/2008/07427

Abschließend wies **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, darauf hin, dass zum TOP 5.11

Bebauungsplan Nr. 75.1 Dessauer Platz, SB-Warenhaus
Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: IV/2008/07260

ein Austauschblatt vorliegt.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, hinterfragte, weshalb die Verwaltung den Antrag ihrer Fraktion zur Beteiligung der Stadt Halle an dem Bundesmodell „Initiative ergreifen“ im nicht öffentlichen Teil behandeln wolle. Im Internet könne man sehen, was sich dahinter verbirgt und wenn es ausschließlich um dieses Modell geht, könne dieses auch im öffentlichen Teil behandelt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete, dass hier Belange Dritter berührt wären, da es noch anderweitige Interessenten gebe. Und mit diesen Namen dürfe man nicht öffentlich umgehen. Aus diesem Grund habe die Verwaltung diesen Antrag in den nicht öffentlichen Teil genommen.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, erklärte sich damit einverstanden.

Weitere Bemerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: mehrheitlich zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

Einwohnerfragestunde

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.06.2008
4. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 25.06.2008 gefassten Beschlüsse

5. Vorlagen
 - 5.1. Ausschreibung von Betriebsführung, Instandhaltung (Wartung und Instandsetzung) und Energiebelieferung aller sich im Eigentum der Stadt Halle (Saale) befindlichen Straßenbeleuchtungsanlagen
Vorlage: IV/2006/06046
 - 5.1.1. Änderungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Mitbürger zur Beschlussvorlage "Ausschreibung von Betriebsführung, Instandhaltung (Wartung und Instandsetzung) und Energiebelieferung aller sich im Eigentum der Stadt Halle (Saale) befindlichen Straßenbeleuchtungsanlagen" (Vorlage:IV/2006/06046)
Vorlage: IV/2008/07440
 - 5.1.2. Änderungsantrag des Stadtrates Werner Misch, CDU, zum Beschlussvorschlag IV/2006/06046 "Ausschreibung von Betriebsführung, Instandhaltung (Wartung und Instandsetzung) und Energiebelieferung aller sich im Eigentum der Stadt Halle (Saale) befindlichen Straßenbeleuchtungsanlagen"
Vorlage: IV/2008/07447 **während der Sitzung gestellt**
 - 5.2. Beschluss über die Fortsetzung der Fördermaßnahme "Soziale Stadt" Halle-Neustadt
Vorlage: IV/2008/07261
 - 5.2.1. Ergänzungsantrag der Stadträte Wolff/Schuh, Fraktion NEUES FORUM+ UNABHÄNGIGE, zur Beschlussvorlage VI/2008/07261 Beschluss über die Fortsetzung der Fördermaßnahme "Soziale Stadt" Halle Neustadt
Vorlage: IV/2008/07427
 - 5.3. Außerdienststellung Friedhof Halle-Neustadt
Vorlage: IV/2008/07314
 - 5.4. Ausbau/Umgestaltung Beesener Straße (Berg) - Grundsatzbeschluss -
Vorlage: IV/2008/07306
 - 5.4.1. Änderungsantrag des Stadtrates Dietmar Wehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Beschlussvorlage "Ausbau/Umgestaltung Beesener Straße (Berg) - Grundsatzbeschluss" (Vorlage: IV/2008/07306)
Vorlage: IV/2008/07441
 - 5.5. Widmung der Blücherstraße
Vorlage: IV/2008/07131
 - 5.6. Widmung der Straßen Maikäferweg und Schilfkäferweg
Vorlage: IV/2008/07138
 - 5.7. Widmung der Straße Zum Hufeisensee
Vorlage: IV/2008/07143
 - 5.8. Widmung der Straßen Marienkäferweg und Laufkäferweg
Vorlage: IV/2008/07176
 - 5.9. Bebauungsplan Nr. 32.2 Heide-Süd - Offenlagebeschluss
Vorlage: IV/2007/06653
 - 5.10. Bebauungsplan Nr. 75.1 Dessauer Platz, SB-Warenhaus
Beschluss zur Änderung des Geltungsbereiches
Vorlage: IV/2008/07259

- 5.11. Bebauungsplan Nr. 75.1 Dessauer Platz, SB-Warenhaus
Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: IV/2008/07260
- 5.12. Bebauungsplan Nr. 8.4 Halle-Büschdorf, Guido-Kisch-Straße, 2. Änderung -
Satzungsbeschluss
Vorlage: IV/2008/07273
- 5.13. Bebauungsplan Nr. 70.1 Wohnbebauung Halle-Büschdorf/ Diemitzer Graben,
1. Änderung - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: IV/2008/07274
- 5.14. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 143 Kröllwitz, Kreuzvorwerk, 1. Änderung -
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: IV/2008/07275
- 5.15. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 143 Kröllwitz, Kreuzvorwerk, 1. Änderung -
Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: IV/2008/07281
- 5.16. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 21 "
Eingeschränktes Gewerbegebiet Straße der Bergarbeiter"
Vorlage: IV/2008/07189
- 5.17. Entlastung des Verwaltungsrates der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle vom 01.01.
bis 29.12.2007
Vorlage: IV/2008/07387
- 5.18. Entlastung des Verwaltungsrates der Saalesparkasse 30.12. - 31.12.2007
Vorlage: IV/2008/07386
- 5.19. Feststellung Jahresabschluss 2007 der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum
Halle GmbH
Vorlage: IV/2008/07291
- 5.20. Feststellung Jahresabschluss 2007 der BIO-Zentrum Halle GmbH
Vorlage: IV/2008/07286
- 5.21. Feststellung Jahresabschluss 2007 der GWG Gesellschaft für Wohn- und
Gewerbeimmobilien Halle-Neusdtadt mbH
Vorlage: IV/2008/07350
- 5.22. Feststellung Jahresabschluss 2007 der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH
Vorlage: IV/2008/07358
- 5.23. Feststellung Jahresabschluss 2007 der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und
Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH
Vorlage: IV/2008/07359
- 5.24. Personalentwicklungskonzept und Personalbedarfsplanung 2008-2017 (Fortschreibung)
Vorlage: IV/2008/07378
- 5.25. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) für das Konservatorium
"Georg Friedrich Händel"
Vorlage: IV/2008/07365

- 5.26. Namensgebung der Sekundarschule Halle-Süd
Vorlage: IV/2008/07351
- 5.27. Übertragung des Objektes Schafschwingelweg 13 als Kindertagesstätte an die SKV Kita gGmbH/Erbbaurechtsangelegenheit
Vorlage: IV/2008/07206
- 5.28. Wahl zur Besetzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Halle (Saale)
hier: Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes (ehemals stellv. Mitglied) und eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes
Vorlage: IV/2008/07352
6. Wiedervorlage
- 6.1. Antrag der CDU-Fraktion zur Wiederaufnahme des Planfeststellungsverfahrens zum Bau der BAB 143
Vorlage: IV/2008/07052
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion für ein Angebot an Studierende, die ihren Hauptwohnsitz in Halle nehmen
Vorlage: IV/2008/07285
- 7.2. Antrag von Stadträtinnen und Stadträten des Bildungsausschusses zur Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2008/09 zu
- Punkt 1.2. Befristeter Standortwechsel der Sekundarschule Zeitzer Straße
Vorlage: IV/2008/07332
- 7.3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Evaluation des Beratungs- und Koordinierungsbedarfs im Bereich Bildung in Halle
Vorlage: IV/2008/07392
- 7.4. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Fertigstellung des östlichen Fuß- und Radweges an der Raffineriestraße zwischen Rudolf-Ernst-Weise-Straße und Thüringer Straße
Vorlage: IV/2008/07393
- 7.5. Gemeinsamer Antrag der Stadträte der AG Schülerbeförderung zum Thema Erstellung eines Gutachtens zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle durch die BMA
Vorlage: IV/2008/07396
- 7.5.1. Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner, CDU, zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle
Vorlage: IV/2008/07448 **während der Sitzung gestellt**
- 7.5.2. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum gemeinsamen Antrag der Stadträte der AG Schülerbeförderung zum Thema Erstellung eines Gutachtens zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle durch die BMA
Vorlage: IV/2008/07457 **während der Sitzung gestellt**

- 7.6. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh, Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE, zum Thema Ausweichstandort für die Händler am Markt während des Weihnachtsmarktes
Vorlage: IV/2008/07411
- 7.7. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) für eine Dauerausstellung der Porträts aller Ehrenbürger der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/07412
- 7.7.1. Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) für eine Dauerausstellung der Porträts aller Ehrenbürger der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/07452 **während der Sitzung gestellt**
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 8.1. Anfrage des Stadtrates Bernhard Bönisch - CDU - zur Kostenexplosion beim Bau des Spielplatzes auf dem Rosa-Luxemburg-Platz
Vorlage: IV/2008/07397
- 8.2. Anfrage der Stadträte Wolff/ Schuh, Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE, zu den erhöhten Ausgaben für die Umgestaltung des Spielplatzes Rosa-Luxemburg-Platz
Vorlage: IV/2008/07416
- 8.3. Anfrage des Stadtrates Joachim Geuther - CDU - zu den Abrissgrundstücken an der Regensburger Straße (Zum Burgholz)
Vorlage: IV/2008/07398
- 8.4. Anfrage des Stadtrates Joachim Geuther - CDU - zum Stand der Planungen zum Bau einer Umgehungsstraße in Radewell
Vorlage: IV/2008/07399
- 8.5. Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zum Zustand der Heizung im Halloren- und Salinemuseum
Vorlage: IV/2008/07394
- 8.6. Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Kostensteigerungen im Verwaltungshaushalt durch Energiepreiserhöhungen
Vorlage: IV/2008/07395
- 8.7. Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Umsetzung des Beschlusses zur Radverkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/07401
- 8.8. Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Beschlussvorlage Energiebericht 2007
Vorlage: IV/2008/07402
- 8.9. Anfrage des Stadtrates Tom Wolter - MitBürger - zur Umsetzung des Beschlusses zu Spielplatzpatenschaften
Vorlage: IV/2008/07403
- 8.10. Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zum Ausbau der Straße Gimritzer Damm
Vorlage: IV/2008/07404

- 8.11. Anfrage der Stadträtin Elke Schwabe - WIR. FÜR HALLE. - zur Entschärfung des Unfallschwerpunktes Kröllwitzer Straße
Vorlage: IV/2008/07410
- 8.12. Anfragen der Stadträte Wolff/Schuh, Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE, zum Ausbau der Delitzscher Straße
Vorlage: IV/2008/07405
- 8.13. Anfragen der Stadträte Wolff/Schuh, Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE, zu den Städtepartnerschaften der Stadt Halle(Saale)
Vorlage: IV/2008/07406
- 8.14. Anfragen der Stadträte Wolff/Schuh, Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE, zur Besetzung des Fachbeirates der Landesvereinigung für kulturelle Jugendbildung
Vorlage: IV/2008/07407
- 8.15. Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh, Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE, zur Schließung der Schwimmhalle Neustadt
Vorlage: IV/2008/07408
- 8.16. Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh, Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE, zu den Kosten der Unterkunft und den Auswirkungen auf den Verwaltungshaushalt und das Haushaltskonsolidierungskonzept
Vorlage: IV/2008/07417
- 8.17. Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh, Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE, zur Schließung von Räumen im Stadtteilzentrum Silva auf der Silberhöhe
Vorlage: IV/2008/07409
- 8.18. Anfrage der Stadträtin Ute Haupt, DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zur Stadtteilbegegnungsstätte "Silva", Silberhöhe
Vorlage: IV/2008/07381
- 9. Mitteilungen
- 9.1. Jahresrechnung 2007 und Haushaltsplan 2009 der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung
Vorlage: IV/2008/07333
- 9.2. Jahresrechnung 2007 und Haushaltsplan 2009 der Oelhafe-Zeysesche Stiftung
Vorlage: IV/2008/07334
- 10. mündliche Anfragen von Stadträten
- 11. Anregungen
- 11.1. Anregung des Stadtrates Joachim Geuther - CDU - zur Wiedereröffnung Sommerbad Ammendorf
Vorlage: IV/2008/07400
- 12. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.06.2008**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, wies auf einen Schreibfehler auf Seite 88 hin. Es ginge um ein Mediationsforum und nicht um ein Meditationsforum.

Weitere Anmerkungen zur Niederschrift der 45. öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 25.06.2008 gab es nicht.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Niederschrift: mehrheitlich zugestimmt

zu 4 **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 25.06.2008 gefassten Beschlüsse**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, verlas die in nicht öffentlicher Sitzung vom 25.06.2008 gefassten Beschlüsse:

**TOP 3.1 Gewährsicherung der Stadt Halle (Saale) zwecks Inanspruchnahme öffentlicher Finanzierungshilfen durch die Hafen Halle GmbH
Vorlage: IV/2008/07095**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird ermächtigt, gegenüber der Investitionsbank Sachsen-Anhalt eine Erklärung abzugeben, dass die Stadt Halle (Saale) im Falle der Auflösung/Insolvenz der Hafen Halle GmbH in das Subventionsverhältnis eintritt

**TOP 3.2 Verkauf von Gesellschaftsanteilen der Stadt Halle (Saale) an der Stadtmarketing Gesellschaft Halle mbH an die Martin-Luther-Universität
Vorlage: IV/2008/07263**

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt dem Verkauf der Gesellschaftsanteile zu und ermächtigt die Oberbürgermeisterin Frau Dagmar Szabados, den im Entwurf beigefügten Geschäftsanteilsveräußerungsvertrag zu schließen und die Anpassung der Satzung der Stadtmarketing Halle GmbH zu veranlassen.

TOP 3.4 Vergabebeschluss: FB 40-L-08/2008 Los 1 bis Los 17 (außer Los 3, Los 11, Los 16, Los 17): Beförderung von Schülern mit Behinderungen durch gewerbliche Firmen
Vorlage: IV/2008/07223

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Vergaben der Beförderung von Schülern mit Behinderungen in der Stadt Halle (Saale) durch gewerbliche Firmen für den Zeitraum vom 01.08.2008 bis 31.07.2010. Die Gesamtsumme beträgt 977.160,00 Euro.

Los 1	Taxi und Busbetrieb Sittig, Lieskau	63.168,00 Euro
Los 2	Firma H. Peter, Schochwitz	24.824,00 Euro
Los 4	Frank Kremmer, Halle (Saale)	60.520,00 Euro
Los 5	Steffen Helling, Halle (Saale)	35.956,00 Euro
Los 6	Frank Kremmer, Halle (Saale)	27.880,00 Euro
Los 7	Frank Kremmer, Halle (Saale)	38.640,00 Euro
Los 8	Manfred Schittko, Halle (Saale)	77.744,00 Euro
Los 9	Steffen Helling, Halle (Saale)	50.000,00 Euro
Los 10	Hella Brinkmann, Halle (Saale)	367.728,00 Euro
Los 12	Frank Kremmer, Halle (Saale)	64.940,00 Euro
Los 13	Steffen Helling, Halle (Saale)	80.000,00 Euro
Los 14	Steffen Helling, Halle (Saale)	40.000,00 Euro
Los 15	Manfred Schittko, Halle (Saale)	45.760,00 Euro

TOP 3.5 Vergabebeschluss: FB 40-L-08a/2008 Los 3, Los 11, Los 16 und Los 17: Beförderung von Schülern mit Behinderungen durch gewerbliche Firmen
Vorlage: IV/2008/07231

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Vergaben der Beförderung von Schülern mit Behinderungen in der Stadt Halle (Saale) durch gewerbliche Firmen für den Zeitraum vom 01.08.2008 bis 31.07.2010. Die Gesamtsumme beträgt 733.744,00 Euro.

Los 3	Steffen Helling, Halle	176.400,00 Euro
Los 11	Frank Kremmer, Halle	130.720,00 Euro
Los 16	Richter Transportservice, Halle	44.160,00 Euro
Los 17	Richter Transportservice, Halle	382.464,00 Euro

zu 5 Vorlagen

- zu 5.1 **Ausschreibung von Betriebsführung, Instandhaltung (Wartung und Instandsetzung) und Energiebelieferung aller sich im Eigentum der Stadt Halle (Saale) befindlichen Straßenbeleuchtungsanlagen**
Vorlage: IV/2006/06046
- zu 5.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Beschlussvorlage "Ausschreibung von Betriebsführung, Instandhaltung (Wartung und Instandsetzung) und Energiebelieferung aller sich im Eigentum der Stadt Halle (Saale) befindlichen Straßenbeleuchtungsanlagen" (Vorlage:IV/2006/06046)**
Vorlage: IV/2008/07440
- zu 5.1.2 **Änderungsantrag des Stadtrates Werner Misch - CDU - zum Beschlussvorschlag IV/2006/06046 "Ausschreibung von Betriebsführung, Instandhaltung (Wartung und Instandsetzung) und Energiebelieferung aller sich im Eigentum der Stadt Halle (Saale) befindlichen Straßenbeleuchtungsanlagen"**
Vorlage: IV/2008/07447
-

Herr Misch, CDU-Fraktion, widersprach Tonaufnahmen.

Herr Misch, CDU-Fraktion, stellte nachfolgenden Änderungsantrag:
Der Verwaltung wird empfohlen, die Punkte 3 und 4 der Vorlage IV/2006/06046 zu streichen und die Straßenbeleuchtung bis zu einer ordentlichen Vergabe im Rahmen der Gefahrenabwehr betreiben zu lassen. Eine Mitwirkung des Rates ist somit nicht nötig.

Als Begründung führte er an, dass die entsprechenden Verträge am 30. Juni 2008 ausgelaufen sind und keine Verlängerungsoption haben. Das bedeute, dass im gegenwärtigen Zustand keine vertraglichen Beziehungen mehr bestehen. Aus diesem Grund könne die Verwaltung diesen Vertrag auch nicht verlängern, da dieser gar nicht mehr existiert. Gleichmaßen werde er die Verwaltung auch nicht ermächtigen, Schritte einzuleiten, die gegen das Vergaberecht der Europäischen Union verstoßen. Dabei erinnerte Herr Misch an ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes, das durch die Stadt Halle herbeigeführt wurde. Seines Erachtens könne der Stadtrat die Oberbürgermeisterin nicht ermächtigen; der Stadtrat sei nicht befugt, gegen bestehende Regelungen zu handeln. Im Rahmen der Gefahrenabwehr könne die Oberbürgermeisterin ohne das Votum des Rates tätig werden und alle notwendigen Schritte einleiten, damit die Straßenbeleuchtung bis zu einer ordentlichen Vergabe erfolgt.

Herr Geuther, CDU-Fraktion, bat die Verwaltung, die Vorbereitung und Durchführung der Vergabe sowie die Höhe der Kosten darzustellen. Er fragte, ob nicht zu erwarten sei, dass die hohen Kosten der Ausschreibungsdurchführung eine Kostenersparnis im Ergebnis der Ausschreibung konterkarieren.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack äußerte zu den Ausführungen von Herrn Misch, dass die Beschlusspunkte 3 und 4 der Vorlage heute sowohl intern mit dem Rechtsamt, aber auch mit einer externen Kanzlei nochmals rechtlich geprüft wurden. Man sei zu dem Ergebnis gekommen, dass in diesem Fall die Verfahrensweise von der Rechtssprechung her akzeptabel ist. Vor allen Dingen auch deshalb, weil die Leistung Mitte nächsten Jahres tatsächlich neu vergeben werde. Er wies darauf hin, dass die Verwaltung, gemäß der Punkte 3 und 4, auf jeden Fall für eine Übergangsregelung zu sorgen habe, damit die Straßenbeleuchtung bis zur Vergabe erfolgen kann.

Zu den Anmerkungen von Herrn Geuther erwiderte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack**, dass zu der fachtechnischen Begleitung der Ausschreibung eine separate Vorlage in den Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL und HOAI eingebracht werde.

Die Kosten für die Beratungsleistungen belaufen sich auf etwa 130 T€. Im Vergleich zu anderen Städten seien diese Kosten akzeptabel, da eine komplexe Leistung im Energie- und Rechtsbereich sowie auch im Bereich der technischen Details erforderlich wäre. Man könne davon ausgehen, dass sich die Kosten für die Beratungsleistungen durch die entstehenden Einsparungen refinanzieren. Die Verwaltung habe bereits kalkuliert, dass allein durch die Verwendung anderer Leuchtmittel im Laufe des anvisierten Vertragszeitraumes 2,5 Mio. € eingespart werden.

Die Verhandlungen werden dann selbstverständlich so geführt, dass das optimale Ergebnis unter energetischen, technischen und Umweltgesichtspunkten erzielt werde. Zusätzlich lasse man sich auch die Option offen, ein wirtschaftliches Angebot, in dem die Straßenbeleuchtung erworben wird, als Nebenangebot zuzulassen. Es sei mit einer Vielzahl von unterschiedlich strukturierten Angeboten und auch mit ausländischen Anbietern zu rechnen. Wenn diese sorgfältig sortiert seien und die Verwaltung sich zu einer Vorzugsvariante entschieden habe, werde diese den Stadtratsmitgliedern zur Entscheidung vorgelegt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados zog die Punkte 3 und 4 des Beschlussvorschlages zurück und gab zur Kenntnis, dass die Verwaltung den Geschäftsbesorgungsvertrag mit der EVH sowie den Rahmenvertrag zwischen der Stadt Halle und der EVH entsprechend verlängern werde.

Somit sei der Änderungsantrag von Herrn Misch hinfällig.

Herr Krause, SPD-Fraktion, teilte mit, dass geprüft werden müsste, wann der Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Energieversorgung Halle GmbH abgeschlossen wurde. Seines Erachtens wurde dieser Vertrag 1997 abgeschlossen und nicht wie in der Vorlage unter Beschlussvorschlag Punkt 3 am 01.01.1994.

Im Zusammenhang mit dem Änderungsantrag, Beschlusspunkt 5 der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Mitbürger, informierte **Herr Krause**, dass die Stadt ab 1997 über den Wartungsvertrag mit der EVH 11.747 Stück von HQL-Lampen, der sogenannten „Stromfresser“, gehabt habe. Das waren 43 % des Gesamtbestandes. In der Zwischenzeit sind es noch 9.241 HQL-Lampen. Von daher wurden auch seitens der EVH Einsparungen vorgenommen.

Herr Prof. Dr. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, stand der Option, die Straßenbeleuchtung insgesamt zu verkaufen, einerseits sehr positiv gegenüber. Andererseits fragte er, ob im Falle eines Verkaufs der Straßenbeleuchtung die Mitarbeiter in der Verwaltung, die bisher die Straßenbeleuchtung bauen, planen und realisieren, nicht mehr benötigt werden.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack erklärte, dass in der Verwaltung im Tiefbauamt nur eine Person mit der ingenieur-technischen Betreuung der Straßenbeleuchtung beschäftigt sei. Die anderen Personen sind seinerzeit alle zur EVH übergegangen.

Herr Wehrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, wies auf den Änderungsantrag seiner Fraktion hin, in dem er vorschlug, alle im Zuge eines Energiesparcontractings veralteten und energieintensiven Leuchten auszutauschen. Man könne jetzt LED-Lampen nutzen, welche energieeffizienter sind. Und das sei nur mit einem Energiesparcontracting möglich. Man sucht sich einen privaten Partner, der Investitionsmittel zur Verfügung stellt und dessen Investitionen werden dann über eingesparte Energiekosten refinanziert. Dadurch könne die Stadt Haushaltsmittel sparen.

Des Weiteren äußerte Herr Wehrich, dass der Austausch der kosten- und wartungsintensiven RSL-Leuchten eine Grundlage sein sollte und nicht, dass - wie auf Seite 4 unter Punkt A.1.2 dargestellt - darüber nachgedacht wird.

Bezogen auf den Beschlusspunkt 6 seines Änderungsantrages informierte Herr Wehrich über den Bundeswettbewerb „Energieeffiziente Stadtbeleuchtung“, der momentan stattfindet. Es gebe die Möglichkeit, über diesen Wettbewerb Bundesmittel für die Betriebsführung und Instandhaltung der Straßenbeleuchtung zu erhalten. Er habe die Verwaltung bereits darüber informiert, aber keine Antwort erhalten

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack machte deutlich, dass mit der Ausführung „darüber sollte nachgedacht werden“ alle Möglichkeiten, die in Frage kommen, ausgelotet werden sollen. Damit sei es im Grunde genommen auch ein Energiesparcontracting und so gesehen sei der Ausschreibungstext, wie die Verwaltung ihn vorbereitet hat, sogar noch weiter gefasst, als der Änderungsantrag. Man solle sich auch nicht auf die LED-Technik festlegen. Diese sei zwar anerkanntermaßen eine sehr sparsame Beleuchtungsmethode, reicht aber nicht an allen Stellen aus, um die notwendigen Beleuchtungsstärken zu schaffen. Man müsse insgesamt beurteilen, dass zwischen technischer Lösung und den finanziellen Ergebnissen das Optimum erreicht werde. Man wolle über eine möglichst geringe Investitionspauschale die Erneuerung des technischen Bestandes sichern.

Zu dem Bundeswettbewerb „Energieeffiziente Stadtbeleuchtung“ teilte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** mit, dass dieser zweistufig aufgebaut sei. Momentan finde ein sogenannter Technikwettbewerb statt. Dort sind vor allem Hersteller von Leuchtmitteln aufgefordert, zu technisch innovativen Lösungen zu kommen und diese vorzustellen. Erst nach der Auswertung dieses Technikwettbewerbes im Herbst wird ein Wettbewerb für Kommunen ausgeschrieben. Dies geschieht dann mit der Zielstellung, dass die Kommune wettbewerbsfähig ist, die von diesen neuen technischen Möglichkeiten am wirtschaftlichsten Gebrauch macht. Die Verwaltung sieht vor, sich an diesem Wettbewerb zu beteiligen, um nach der besten, innovativsten, wirtschaftlichsten und ökologischsten Variante zu suchen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados machte den Vorschlag, den Beschlusspunkt 5 zum Änderungsantrag: „Die Stadtverwaltung wird beauftragt,... In den Verdingungsunterlagen ist darüber hinaus vorzusehen, ...“

wie folgt zu ändern:

„Die Stadtverwaltung **ist gehalten**, ...In den Verdingungsunterlagen ist **darauf zu orientieren**, ...“

Sie begründete diese Änderungen damit, dass dann keine Beauftragung für die Verwaltung vorliegt. Die Verwaltung habe somit die Möglichkeit, optimal und flexibel zu reagieren.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte, weshalb die Vorlage erst jetzt in den Stadtrat eingebracht wurde, obwohl sie laut Datum bereits im März 2008 erstellt wurde.

Zum Änderungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, äußerte **Herr Bönisch**, dass seine Fraktion diesen ablehnen werde. Der Ausschreibungstext der Verwaltung sei weit genug gefasst, so dass er jetzt nicht erkennen könne, welchen Vorteil man mit der Formulierung des Änderungsantrages erreichen würde. Im Gegenteil, es könnte sich jemand mit einer besseren Idee bewerben wollen und dieser kann es aufgrund der Einschränkung im Änderungsantrag nicht. Weiterhin hielt er den zweiten Teil des Änderungsantrages zum Bundeswettbewerb für unzulässig, da dieser Wettbewerb nichts mit der Ausschreibung und Betreuung zu tun habe.

Herr Weihrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, stimmte dem Vorschlag von Frau Oberbürgermeisterin Szabados zum Beschlusspunkt 5 im Änderungsantrag zu und zog den Beschlusspunkt 6 im Änderungsantrag zurück.

Herr Prof. Dr. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, konnte dem Änderungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger nicht zustimmen. Diese Vorlage wurde am 17. und 19.06.2008 in Ausschüssen beraten und bestätigt. Er fragte, ob auch der Änderungsantrag in diesen beiden Ausschüssen eingebracht und abgelehnt wurde oder ob dieser erst jetzt dem Stadtrat vorgelegt wird. Wenn Letzteres zutrefte und dem Änderungsantrag zugestimmt werde, müsse man die Vorlage erneut in den Ausschüssen beraten.

Herr Häder, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, widersprach den Ausführungen von Herrn Prof. Dr. Schuh insofern, da nicht grundsätzliche Veränderungen vorgenommen werden, sondern lediglich im Rahmen der Ausschreibung sich auf ein besonderes Modell orientiert werden soll. Es seien auch weiterhin Nebenangebote zugelassen. Man wolle damit nur vermeiden, dass - wie bei der Händelhalle - 20 Angebote vorliegen, die nicht überschaubar wären. Dann müsse man wiederum 3 Gutachten in Auftrag geben, um zunächst festzustellen, welches das günstigste Angebot für die Stadt ist.

Herr Geuther, CDU-Fraktion, brachte zum Ausdruck, dass bei Zustimmung des Änderungsantrages über das gesamte Verfahren erneut in den Ausschüssen beraten werden müsste. Von der Verwaltung würde der Antrag im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL und HOAI zurückgezogen werden und auch die Beratungsleistungen wären neu auszuschreiben.

Weiterhin wolle sich seine Fraktion nicht an eine technische oder kaufmännische Lösung binden. Die Anbieter sollten ein gesamtes Angebot über verschiedenen Möglichkeiten stellen. Aus diesen werde man das beste auswählen.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack erklärte, dass hinsichtlich der Ausschreibung der Straßenbeleuchtung immer darauf orientiert wurde, dass die Leuchten das Eigentum wechseln. Es wurde ein Gutachter beauftragt, alle technischen, aber auch die wirtschaftlichen Varianten zu untersuchen. Im Ergebnis dessen stand man dann vor der Frage, was passiert, wenn man das Eigentum an einen Dritten gibt. Dazu wurde auch noch einmal in anderen Kommunen recherchiert. Wenn man die technischen Anlagen verkaufen würde, dann müsste die Verwaltung diese über einen entsprechenden Zeitraum gestreckt refinanzieren. Von Seiten der Kommunalaufsicht sei das eine verdeckte Kreditaufnahme. Das liege daran, dass es für den Erwerb von Straßenbeleuchtung keinen Markt gibt. Man müsse über die Gebühren die Refinanzierung des Kaufs der technischen Anlagen auf die Stadt umlegen. Anhand von Vergleichen wurde festgestellt, dass über diesen Weg für die Refinanzierung eine wesentlich höhere Zinsbelastung entstünde, als wenn man z. B. über einen Kommunalkredit selbst finanzieren würde. Deshalb habe die Verwaltung den Betrieb,

die technische Lösung und die Strombeschaffung ausgeschrieben mit der Option der eigentumsrechtlichen Anlagenübertragung. Dies werde vor allen Dingen auch unter dem Gesichtspunkt vorgenommen, dass verschiedene Anbieter zurzeit in dem Bereich durchaus bereit wären, strategische Preise zu zahlen bzw. strategische Konditionen zu bieten, weil sie Interesse haben, auf den mitteleuropäischen Markt zu kommen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, stellte dar, dass in dem Bereich der Straßenbeleuchtung ein Investitionsstau von ca. 2,5 Mio. € vorhanden ist. Wenn die Stadt Eigentümerin sei, wäre sie verantwortlich für die Investitionen, unabhängig von der Geschäftsbesorgung, die durch einen Dritten durchgeführt werde. Wenn die Stadt weiterhin Eigentümerin bleibe, würde das bedeuten, dass die Investitionssumme ebenfalls die Stadt zu tragen habe. Er fragte, welcher Vorteil für die Stadt dann noch entstehen würde bei der derzeitigen Haushaltslage.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack erwiderte, dass aus den Einsparungen heraus der Betreiber die Menge an Reserven erwirtschaftet, dass er die Investitionen finanzieren könne. Die Stadt habe dann nur mit einer geringen Pauschale zu rechnen. Wenn man das Eigentum abgebe, lastet auf den monatlichen oder jährlichen Betriebskosten zusätzlich ein Refinanzierungsanteil für die technischen Anlagen. Insofern müsse man die Möglichkeiten sorgfältig gegeneinander abwägen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Änderungsantrages:

zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Beschlussvorlage "Ausschreibung von Betriebsführung, Instandhaltung (Wartung und Instandsetzung) und Energiebelieferung aller sich im Eigentum der Stadt Halle (Saale) befindlichen Straßenbeleuchtungsanlagen" (Vorlage:IV/2006/06046) Vorlage: IV/2008/07440

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	mehrheitlich zugestimmt
	26 Ja-Stimmen
	16 Nein-Stimmen
	1 Enthaltung

Beschluss (in modifizierter Form):

Der Beschlussvorschlag wird um folgenden Punkt erweitert:

5. Die Stadtverwaltung ist gehalten, durch entsprechende Verankerung in den Verdingungsunterlagen sicherzustellen, dass im Zuge eines Energiesparcontractings alle veralteten und energieintensiven Leuchten ausgetauscht werden. Dies betrifft insbesondere die noch vorhandenen RSL-Leuchten sowie alle Leuchten, bei denen sich die Investitionskosten durch ein Contracting in weniger als 12 Jahren amortisieren. In den Verdingungsunterlagen ist darauf zu orientieren, dass die Ersatzinvestitionen grundsätzlich durch moderne, energiesparende LED-Leuchten mit Dimmfunktion erfolgen.

(Der Punkt 6 wurde durch die Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zurückgezogen.)

**zu 5.1.2 Änderungsantrag des Stadtrates Werner Misch, CDU, zum
Beschlussvorschlag IV/2006/06046 "Ausschreibung von
Betriebsführung, Instandhaltung (Wartung und Instandsetzung) und
Energiebelieferung aller sich im Eigentum der Stadt Halle (Saale)
befindlichen Straßenbeleuchtungsanlagen"
Vorlage: IV/2008/07447**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Der Verwaltung wird empfohlen, die Punkte 3 und 4 der Vorlage IV/2006/06046 zu streichen und die Straßenbeleuchtung bis zu einer ordentlichen Vergabe im Rahmen der Gefahrenabwehr betreiben zu lassen. Eine Mitwirkung des Rates ist somit nicht nötig.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen
Die Punkte 3 und 4 wurden von der
Verwaltung zurückgezogen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der so geänderten Vorlage:

**zu 5.1 Ausschreibung von Betriebsführung, Instandhaltung (Wartung und
Instandsetzung) und Energiebelieferung aller sich im Eigentum der
Stadt Halle (Saale) befindlichen Straßenbeleuchtungsanlagen
Vorlage: IV/2006/06046**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss (in modifizierter Form):

1. Der Stadtrat beschließt, die Erbringung folgender Leistungen des Betriebs der öffentlichen Beleuchtung in der Stadt Halle ab 01.07.2009 für 10 bis 20 Jahre unter Beachtung der vergaberechtlichen Vorschriften im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens mit vorgelagertem Teilnahmewettbewerb europaweit auszuschreiben:
 - a) die Betriebsführung, die Instandhaltung (Wartung, Instandsetzung)
 - b) Ersatz und Optimierung unwirtschaftlicher Beleuchtungsanlagen (Erneuerung, Neubau)
 - c) optional die Stromlieferung für die öffentliche Beleuchtung.
2. Nebenangebote werden zugelassen, insbesondere Kooperationsmodelle bis hin zu (Teil-) Erwerbsmodellen.
3. Die Stadtverwaltung ist gehalten, durch entsprechende Verankerung in den Verdingungsunterlagen sicherzustellen, dass im Zuge eines Energiesparcontractings alle veralteten und energieintensiven Leuchten ausgetauscht werden. Dies betrifft insbesondere die noch vorhandenen RSL-Leuchten sowie alle Leuchten, bei denen sich die Investitionskosten durch ein Contracting in weniger als 12 Jahren amortisieren. In den Verdingungsunterlagen ist darauf zu orientieren, dass die Ersatzinvestitionen grundsätzlich durch moderne, energiesparende LED-Leuchten mit Dimmfunktion erfolgen.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, unterstützte den Änderungsantrag. Ihres Erachtens würden die Betonsteine die Fahrradfahrer einschränken, da es im Gegensatz zu Asphalt keine ebene Fläche wäre.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack stellte dar, dass man unter gestalterischen Gesichtspunkten zu dem Entschluss gekommen sei, in diesem Gründerzeitviertel nicht die gesamte Breite des Straßenraums zu asphaltieren. Betonsteine haben heutzutage eine so hohe Qualität, dass diese für Fahrradfahrer keine Einschränkung bedeuten. Die gewählten Betonsteine seien von der Materialgüte und von der Oberfläche her ein dauerhaftes und geeignetes Material.

Herr Wehrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, merkte bezüglich der Versiegelung an, dass sich mit den Betonsteinen die Abwassergebühren der Menschen in Halle zukünftig ganz anders berechnen werden.

Herr Prof. Dr. Ehrler, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, stimmte den Ausführungen von Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack zu. Die Betonsteine seien vor allem unter gestalterischen Gesichtspunkten die bessere Alternative, da dadurch die Oberfläche „lebendig“ gehalten werde.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Änderungsantrages:

zu 5.4.1 Änderungsantrag des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Beschlussvorlage "Ausbau/Umgestaltung Beesener Straße (Berg) - Grundsatzbeschluss" (Vorlage: IV/2008/07306) Vorlage: IV/2008/07441

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird in Ziffer 1 wie folgt geändert:

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Vorschlag der Vorplanung zum Ausbau bzw. zur Umgestaltung der Beesener Straße (Abschnitt zwischen Rannischem Platz und Melanchthonstraße) im folgenden Punkt abzuändern:*
 - Der auf der östlichen Straßenseite vorgesehene separate Radweg ist mit einer Asphaltoberfläche zu versehen.*

Im Übrigen wird die Vorplanung als Grundlage für die weitere Planung bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
14 Ja-Stimmen
18 Nein-Stimmen
9 Enthaltungen

**zu 5.19 Feststellung Jahresabschluss 2007 der TGZ Halle Technologie- und
Gründerzentrum Halle GmbH
Vorlage: IV/2008/07291**

(Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados, Frau Dr. Annegret Bergner, Frau Dr. Petra Sitte sowie Herr Thomas Felke nahmen gemäß § 31 GO LSA nicht an der Abstimmung teil)

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH vom 12.06.2008:

1. Der vom Geschäftsführer der Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2007 wird in der von der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Euregio Südwest GmbH geprüften und am 14.05.2008 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	18.288,26 €
Die Bilanzsumme beträgt	50.904.219,72 €

2. Der Jahresfehlbetrag von 18.288,26 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2007 entlastet.

**zu 5.20 Feststellung Jahresabschluss 2007 der BIO-Zentrum Halle GmbH
Vorlage: IV/2008/07286**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat genehmigt folgende Beschlussfassung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bio-Zentrum Halle GmbH vom 12.06.2008:

1. Der von der Geschäftsführung der Bio-Zentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2007 wird in der von der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Euregio Südwest GmbH geprüften und am 14.05.2008 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	194.113,33 €
Die Bilanzsumme beträgt	14.138.160,35 €

2. Der Jahresüberschuss von 194.113,33 € wird in eine Rücklage für Bauinstandhaltung eingestellt.

**zu 5.21 Feststellung Jahresabschluss 2007 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH
Vorlage: IV/2008/07350**

(Herr Dr. Bodo Meerheim, Herr Werner Misch, Herr Manfred Schuster sowie Herr Michael Zeidler nahmen gemäß § 31 GO LSA nicht an der Abstimmung teil)

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2007 wird in der von der Deloitte, Deutsche Baurevision Aktiengesellschaft geprüften und am 11.04.2008 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt: 7.765.154,10 €
Die Bilanzsumme beträgt: 368.922.863,64 €

2. Nach vorgenommener Einstellung von 10 % des Jahresüberschusses in die satzungsmäßigen Rücklagen werden vom Bilanzgewinn 6.500.000,00 € an die Gesellschafterin ausgeschüttet.
3. Der verbleibende Bilanzgewinn in Höhe von 488.638,69 € wird als Gewinn auf das Geschäftsjahr 2008 vorgetragen.
4. Der Geschäftsführerin der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH, Frau Jana Kozyk, wird für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung erteilt.
5. Dem Aufsichtsrat der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH wird für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung erteilt.

**zu 5.23 Feststellung Jahresabschluss 2007 der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH
Vorlage: IV/2008/07359**

(Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados, Herr Milad El-Khalil, Herr Frank-Uwe Heft sowie Herr Johannes Krause nahmen gemäß § 31 GO LSA nicht an der Abstimmung teil)

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH geprüfte und am 25. April 2008 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2007 mit

Bilanzsumme	EUR	99.261.749,16
-------------	-----	---------------

Bilanzgewinn	EUR	5.405.537,04
--------------	-----	--------------

wird festgestellt.

2. Der Bilanzgewinn aus dem Geschäftsjahr 2007 in Höhe von 5.405.537,04 EUR wird in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

3. Der von der Geschäftsführung der VVV vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH geprüfte und am 16. Mai 2008 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2007 mit

Bilanzsumme	EUR	1.255.054.619,68
-------------	-----	------------------

Konzern-Bilanzgewinn	EUR	0,00
----------------------	-----	------

wird festgestellt.

4. Der Geschäftsführung, bestehend aus den Herren Wilfried Klose (Sprecher), Francois Girard und Egbert Geier wird für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung erteilt.

5. Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden für das Geschäftsjahr 2007 entlastet.

statuieren sollte. Diese Schule hatte sich aus 8 Standorten fusioniert und auch Probleme sich an dem Standort Zeitzer Straße zu finden. Ihrer Ansicht nach sollte man die Schule vor allen Dingen erst einmal inhaltlich arbeiten lassen.

Weiterhin treffe die Bezeichnung „Zeitzer Straße“ jetzt auch nicht mehr zu. Wer diese Schule in der Zeitzer Straße sucht, stünde vor verschlossenen Türen.

Frau Dr. Bergner appellierte an den Stadtrat, dieser Namensgebung zuzustimmen, da sich der Stadelternrat auch vehement im Bildungsausschuss dafür ausgesprochen hatte, dieses Votum zu akzeptieren.

Abschließend informierte sie, dass der Schulleiter dem Bildungsausschuss in Aussicht gestellt habe, dass man sich zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen einer Projektwoche oder Ähnliches zu einer Namensgebung, die evtl. etwas mit der Geschichte der Stadt zu tun hat, zusammenfinden könnte.

Herr Dr. Wöllenweber, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, sprach sich gegen die im Beschluss vorgeschlagene Namensgebung aus. Trotz der Probleme dieser Schule sollte man über eine neue Namensgebung nachdenken und beraten.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., wies darauf hin, dass man die Namensfindung in die Hand der Gesamtkonferenzen der Schulen gegeben habe. Deshalb sollte das Eltern- und Schülervotum dem Stadtrat durchaus wichtig sein.

Des Weiteren machte er deutlich, dass eine Namensliste und ein Verfahren erarbeitet wurden, mit dem an die Schulen herangetreten werden soll. Die Stadträte können dies im Einzelnen nicht leisten. Das Schulgesetz Sachsen-Anhalt ermöglicht aber der Verwaltung, an allen Gesamtkonferenzen mit beratender Stimme bzw. mit dem neuen Schulgesetz, sogar stimmberechtigt teilzunehmen.

Herr Lange betonte, dass er zukünftig erwarte, dass die Stadtverwaltung die Vorschläge der Fraktionen zur Namensgebung von Schulen in die Gesamtkonferenzen einbringt und entsprechend ihrer gesetzlichen Möglichkeiten auch an den Gesamtkonferenzen teilnimmt.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, konnte die Meinung von Herrn Dr. Wöllenweber nicht teilen. Ihres Erachtens sei es wichtig, dem Beschluss der Eltern- und Schülerkonferenz zu folgen.

Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, bekräftigte den Vorschlag von Herrn Lange. Die Verwaltung werde sich in Zukunft verstärkt in die Gesamtkonferenzen einbringen.

Im vorliegenden Fall sollte man aber doch dem Beschlussvorschlag zustimmen, da die Problematik der Namensgebung nur komplex gelöst werden könne. Sein Dezernat werde zusammen mit dem Schulverwaltungsamt nach geeigneten Wegen suchen, um zu dieser Problematik in den Gesamtkonferenzen ins Gespräch zu kommen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt, dem Vorschlag der Gesamtkonferenz zu folgen und die Sekundarschule Zeitzer Straße in Sekundarschule Halle-Süd umzubenennen.

zu 5.27 Übertragung des Objektes Schafschwingelweg 13 als Kindertagesstätte an die SKV Kita gGmbH/Erbbaurechtsangelegenheit
Vorlage: IV/2008/07206

(Herr Dr. Bodo Meerheim sowie Frau Elke Schwabe nahmen gemäß § 31 GO LSA nicht an der Abstimmung teil)

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Übertragung der Kindertageseinrichtung Schafschwingelweg 13 an die SKV Kita gGmbH zum nächstmöglichen Zeitpunkt, als Ersatzobjekt für den Fischerring 23a/b.
2. Für die Objekte Fischerring 23 a/b, Kita „Sonnenland“ und „Seepferdchen“, besteht daraufhin kein weiterer Bedarf zur Nutzung als Kindertageseinrichtung. Die hier bestehenden Erbbaurechtsverträge mit der SKV Kita gGmbH werden aufgehoben.
3. Zwischen der Stadt Halle (Saale) und der SKV Kita gGmbH wird ein Erbbaurechtsvertrag zum Betreiben der Kindertageseinrichtung im Schafschwingelweg 13 abgeschlossen.

zu 5.28 Wahl zur Besetzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Halle (Saale)
hier: Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes (ehemals stellv. Mitglied) und eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes
Vorlage: IV/2008/07352

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass offen gewählt werden könne, wenn kein Mitglied des Stadtrates widerspricht. Es gab keine Einwände gegen dieses Verfahren.

Abstimmungsergebnis:

Wahl zur Besetzung des Jugendhilfeausschusses: Beschluss per offener Wahl

Herr Dr. Peter Piechotta

mit der Mehrheit der
Anwesenden zugestimmt

Frau Helga Schubert

mit der Mehrheit der
Anwesenden zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat wählt das bisherige stellvertretende stimmberechtigte Mitglied, Herrn Dr. Peter Piechotta als stimmberechtigtes Mitglied und als stellvertretendes Mitglied für diesen Frau Helga Schubert in den Jugendhilfeausschuss der Stadt Halle (Saale).

zu 6 Wiedervorlage

**zu 6.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Wiederaufnahme des
Planfeststellungsverfahrens zum Bau der BAB 143
Vorlage: IV/2008/07052**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat möge beschließen:
Die OB wird beauftragt, gegenüber den zuständigen Stellen nachdrücklich darauf hinzuwirken, dass das Planfeststellungsverfahren zum Bau des nördlichen Teilstücks der BAB 143 so schnell wie möglich aufgenommen werden kann.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 7.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion für ein Angebot an Studierende, die
ihren Hauptwohnsitz in Halle nehmen
Vorlage: IV/2008/07285**

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, verwies im Namen ihrer Fraktion den Antrag in den Bildungsausschuss sowie Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften, da ihrerseits Fragen u. a. bezüglich einer Statistik von Studenten mit Hauptwohnsitz in Halle und der finanziellen Auswirkungen zu klären sind.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., sprach sich für diesen Antrag aus. Allerdings sollten die Oberbürgermeisterin bzw. die entsprechenden Dezernenten darüber berichten, inwieweit man dieses Vorhaben in das Projekt, Studienstandorte in Sachsen-Anhalt attraktiver zu

gestalten, einbringen kann. Dabei handelt es sich um einen Katalog, den die Universitäten und Fachhochschulen im Land gemeinsam mit dem Kultusministerium aufgestellt haben. Er halte Faktoren, wie z. B. Semesterticket oder die Umgebung der Hochschulen elementar wichtig für die Attraktivität von Studienstandorten.

Herr Wehrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, hielt es für notwendig und wichtig, dass die Verwaltung zu den finanziellen Aspekten Stellung nimmt.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, äußerte, dass in der Einwohnermeldebehörde keine Statistik über Studenten mit Hauptwohnsitz in Halle geführt werde. Es werde aber zukünftig bei Anmeldungen nach diesem Kriterium gefragt.

Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen teilte Herr Geier mit, dass momentan pro Hauptwohnsitz 680 € vom Land über die Schlüsselzuweisungen des Finanzausgleichs gezahlt werden. Davon werden 95 € für das Semesterticket, 62 € Semesterbeitrag und ein Verwaltungsaufwand von max. 50 € abgezogen. Damit bleibt eine Differenz von etwa 450 €.

Weiterhin gebe es auch die strategische Betrachtung. Das wäre einerseits, dass sich die Stadt Halle als Bildungsstandort definiert habe und andererseits ging aus Bürgerumfragen klar hervor, dass sich ca. 76 % der Befragten mit dem Thema Martin-Luther-Universität identifizieren.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, in den Ausschüssen dieser Vorlage zuzustimmen, damit diese in der nächsten Stadtratssitzung am 24. September 2008 beschlossen werde und die Verwaltung handeln kann.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Jedem immatrikulierten Studierenden, der sich erstmalig hauptwohnsitzlich in Halle anmeldet, wird einmalig der Semesterbeitrag sowie einmalig der Kauf eines Semestertickets durch die Stadt erstattet.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE in den

**Bildungsausschuss sowie
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und
Liegenschaften**

verwiesen.

zu 7.2 Antrag von Stadträtinnen und Stadträten des Bildungsausschusses zur Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2008/09 zu

**Punkt 1.2. Befristeter Standortwechsel der Sekundarschule Zeitzer Straße
Vorlage: IV/2008/07332**

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., verwies den Antrag namens seiner Fraktion in den Jugendhilfeausschuss. Es sei ein Eingriff in die Schulentwicklungsplanung und darüber werde pflichtgemäß immer im Jugendhilfeausschuss beraten. Der Stadtrat hatte damals den Eltern und Schülern signalisiert, dass es nur um eine vorübergehende Verlagerung für maximal 2 bis 3 Jahre ginge, bis der alte Standort saniert bzw. ein neuer gefunden wurde. Jetzt - ein halbes Jahr später - werde das mit diesem Antrag wieder verworfen. Er erinnerte daran, dass es einen Investor gebe, der ein sehr interessantes Konzept bzw. Projekt vorgeschlagen hatte, den Stadtteil Silberhöhe aufzuwerten.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., unterstützte diesen Verweis. Bisher wurden immer der Bildungs- und Jugendhilfeausschuss beteiligt und dieses Verfahren sollte man auch weiterhin einhalten.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, brachte zum Ausdruck, dass seitens der Verwaltung immer gesagt wurde, dass vor dem Jahr 2012 keine Fördermittel in Aussicht stehen werden und voraussichtlich auch danach noch nicht. Diese Vision, dass man in 2 bis 3 Jahren einen Rückzug in die Zeitzer Straße bewerkstelligen könnte, war nie eine ernsthafte Option gewesen. Es sei allerdings von der Verwaltung damals im Bildungsausschuss gesagt worden, dass jedes Jahr Leerstand für diesen Standort verheerend ist. Und es kostet die Verwaltung immense Summen, dieses Gebäude zu sichern. Aus der beigefügten Stellungnahme des Stadtelternrates ginge auch hervor, dass diese es sehr begrüßen, wenn in der Silberhöhe an dem Standort Zeitzer Straße wieder eine Belebung stattfindet.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fügte hinzu, dass man sich dazu von dem Eltern- und Schülerrat Meinungen eingeholt hatte, die auch positiv beschieden wurden. Das Einzige, das jetzt längerfristig noch ausstünde, sei die Schülerbeförderung.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, lehnte die Verweisung ab, da es keine inhaltliche Begründung dafür gibt, den Jugendhilfeausschuss heranzuziehen. Dieser Sachverhalt sei im Rahmen der letzten Schulentwicklungsplanung Gegenstand im Jugendhilfeausschuss gewesen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages von Herrn Lange, Fraktion DIE LINKE., auf Verweisung in den Jugendhilfeausschuss. Es werde deshalb abgestimmt, da sich kein neuer Sachverhalt ergeben habe und damit der Automatismus nicht greift.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Fragen, z. B. ob die Möglichkeit bestünde, die freien Träger aus den Schülerbeförderung herauszunehmen, könne man im Ausschuss nicht mehr überschauen. Insofern seien juristische Angaben und Rahmenseetzungen notwendig und aus diesen ableitend auch Vorschläge, was getan werden kann.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bat die Verwaltung, einen Vorschlag zu unterbreiten, wie man die Schüler der Sekundarstufe II in die Schülerbeförderung integriert. Es könne nicht sein, dass Schülerbeförderung zur Selektion werde, nur weil sich einige die Schülerfahrkarte nicht leisten können. Wichtig sei auch, dass die Verwaltung in der laut Stellungnahme angekündigten Untersuchung einfließen lässt, wie man ein effizientes System der Schülerbeförderung organisieren könne. Hier werde es dringend notwendig sein, mit der HAVAG und den Verkehrsexperten in der Stadt darüber zu beraten, um ein effizientes und kostengünstiges System auf den Weg zu bringen. Die Tarifhoheit habe der MDV, aber der Vertreter der Verwaltung stimmt regelmäßig den Tarifierhöhungen zu.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, stimmte dem Antrag prinzipiell zu. Seines Erachtens müsse man allerdings die Untersuchung ohne die BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) (BMA) vornehmen, da der vorliegende Sachverhalt nicht in den Aufgabenbereich der BMA fällt.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fügte hinzu, dass der Antrag nur zustande gekommen sei, da man seit mindestens 6 Jahren über dieses Thema berät und bisher zu keinem vernünftigen Beschluss gekommen sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erwiderte, dass der Stadtrat nicht festlegen könne, dass die Verwaltung ein Gutachten von einer bestimmten Institution erstellen zu lassen hat. Die Verwaltung werde kein Gutachten in Auftrag geben, sondern eigenverantwortlich die Untersuchung vornehmen und im November dem Stadtrat das Ergebnis vorlegen. Insofern sei der Antrag zur Erstellung eines Gutachtens durch die BMA als erledigt zu betrachten. Zu der Anmerkung von Herrn Lange, man müsse mit der HAVAG darüber beraten, antwortete sie, dass es bereits erste Gespräche gegeben habe.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, stellte nachfolgenden Änderungsantrag:
„Der Stadtrat beauftragt Frau Oberbürgermeisterin eine Untersuchung vorzunehmen, worin Möglichkeiten zur Reduzierung und Differenzierung der Schülerbeförderungskosten überprüft bzw. aufgezeigt werden. Dabei müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen wie Personenbeförderungsgesetz, Schulgesetz Sachsen-Anhalt, MDV-Tarifregelungen berücksichtigt sowie eine deutliche zusätzliche Belastung des städtischen Haushaltes vermieden werden. Familien sollen bei den Fahrtkosten entlastet werden. Die Untersuchung soll als Grundlage der Beratungen über eine Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle (Saale) dienen.“

Weiterhin bat sie die Verwaltung um einen gesonderten Entscheidungsrahmen bzw. um Argumentationshilfen bezogen auf Rahmenseetzungen, mögliche Entscheidungen und Stellungnahme der unterschiedlichen Bewertung der Situation in Halle und Magdeburg.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., stellte folgenden Änderungsantrag:
„Einfügung nach dem 3. Satz des Beschlusstextes:
Dabei sollen die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II berücksichtigt und ein effizientes System der Schülerbeförderung in Halle (Saale) entwickelt werden.“

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sicherte den Stadtratsmitgliedern zu, mit der Beschlussvorlage alle notwendigen Unterlagen, wie z. B. Gegenüberstellungen, Argumentationshilfen, Abstimmungen mit der HAVAG usw. zur Verfügung zu stellen, damit die Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung vernünftig diskutiert werden könne.

Herr Krause, SPD-Fraktion, verwies den Antrag namens seiner Fraktion in den Bildungsausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**zu 7.5.1 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner - CDU - zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle
Vorlage: IV/2008/07448**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt Frau Oberbürgermeisterin eine Untersuchung vorzunehmen, worin Möglichkeiten zur Reduzierung und Differenzierung der Schülerbeförderungskosten überprüft bzw. aufgezeigt werden. Dabei müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen wie Personenbeförderungsgesetz, Schulgesetz Sachsen-Anhalt, MDV-Tarifregelungen berücksichtigt sowie eine deutliche zusätzliche Belastung des städtischen Haushaltes vermieden werden. Familien sollen bei den Fahrtkosten entlastet werden. Die Untersuchung soll als Grundlage der Beratungen über eine Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle (Saale) dienen.

Abstimmungsergebnis:

**Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion in den
Bildungsausschuss**

verwiesen.

**zu 7.5.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zum gemeinsamen Antrag der Stadträte der AG Schülerbeförderung zum Thema Erstellung eines Gutachtens zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle durch die BMA
Vorlage: IV/2008/07457**

Beschlussvorschlag:

*Einfügung nach dem 3. Satz des Beschlusstextes:
Dabei sollen die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II berücksichtigt und ein effizientes System der Schülerbeförderung in Halle (Saale) entwickelt werden.*

Abstimmungsergebnis:

**Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion in den
Bildungsausschuss**

verwiesen.

**zu 7.5 Gemeinsamer Antrag der Stadträte der AG Schülerbeförderung zum
Thema Erstellung eines Gutachtens zur Schülerbeförderung in der
Stadt Halle durch die BMA
Vorlage: IV/2008/07396**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt Frau Oberbürgermeisterin durch die BMA ein Gutachten erstellen zu lassen, worin Möglichkeiten zur Reduzierung und Differenzierung der Schülerbeförderungskosten überprüft bzw. aufgezeigt werden. Dabei müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen wie Personenbeförderungsgesetz, Schulgesetz Sachsen-Anhalt, MDV-Tarifregelungen berücksichtigt sowie eine deutliche zusätzliche Belastung des städtischen Haushalts vermieden werden. Familien sollen bei den Fahrtkosten entlastet werden. Das Gutachten soll als Grundlage der Beratungen über eine Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle (Saale) dienen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion in den

Bildungsausschuss

verwiesen.

**zu 7.6 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+
UNABHÄNGIGE - zum Thema Ausweichstandort für die Händler am
Markt während des Weihnachtsmarktes
Vorlage: IV/2008/07411**

Frau Schlüter-Gerboth, Fraktion DIE LINKE., bat um Klärung, weshalb in der Vorlage als Ausweichstandort der „Alte Markt“ angegeben sei, aber in der Einwohnerfragestunde von Herrn Beigeordneten Wiegand der Hallmarkt genannt wurde.

Herr Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport, klärte auf, dass es in der Einwohnerfragestunde ein Versprecher seinerseits gewesen war, gemeint sei der „Alte Markt“.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der Vorlage.

Beschlussvorschlag:

*Der Stadtrat beschließt:
die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen Ausweichstandort für die Händler des Marktes in der Nähe des Marktplatzes während der Zeit des Weihnachtsmarktes zu finden.*

Abstimmungsergebnis:

**mehrheitlich abgelehnt
11 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen
19 Enthaltungen**

zu 7.7 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) für eine Dauerausstellung der Porträts aller Ehrenbürger der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: IV/2008/07412

zu 7.7.1 Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) für eine Dauerausstellung der Porträts aller Ehrenbürger der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: IV/2008/07452

Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE., folgte der Empfehlung der Verwaltung, den Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln. Er beantragte, den Beschlussvorschlag folgendermaßen zu ändern: **„Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Bedingungen eine Präsentation der Ehrenbürger der Stadt Halle (Saale) eingerichtet werden kann.“**

Dieses Vorhaben, so Herr Dr. Bartsch weiter, hätte eigentlich schon zum Stadtjubiläum 2006 umgesetzt werden sollen. Für ihn sei es unverständlich, warum diese Idee nicht aufgegriffen wurde, auch dahin gehend, dass seines Erachtens die wenigsten Bürger überhaupt wissen, wer in der Stadt Halle als Ehrenbürger berufen worden ist. Aber auch das Jahr 2008 sei dafür historisch. Die erste Ehrenbürgerschaft wurde 1833 verliehen, das wären immerhin 175 Jahre. Nach Recherchen des Stadtarchivs gibt es bis heute 31 Ehrenbürger. Und die Geschichte dieser Ehrenbürger der Stadt Halle sollte öffentlich dargestellt werden.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, äußerte ihre Bedenken zu einer solchen Ausstellung, da immerhin zwei Diktaturen dazwischen liegen und man nicht mehr weiß, wer noch Ehrenbürger sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies auf einen Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 1991 hin, bei dem drei Personen die Ehrenbürgerschaft aberkannt wurde. Es gebe eine Übersicht der 31 Ehrenbürger, diese könne man auch einsehen und im Rahmen dieser Prüfung werde die Verwaltung im November 2008 dem Stadtrat einen Vorschlag unterbreiten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung.

zu 7.7.1 Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) für eine Dauerausstellung der Porträts aller Ehrenbürger der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: IV/2008/07452

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Bedingungen eine Präsentation der Ehrenbürger der Stadt Halle (Saale) eingerichtet werden kann.

zu 7.7 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) für eine Dauerausstellung der Porträts aller Ehrenbürger der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/07412

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss (in modifizierter Form):

**Der Stadtrat möge beschließen:
Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Bedingungen eine Präsentation der Ehrenbürger der Stadt Halle (Saale) eingerichtet werden kann.**

Der Stadtrat legte eine Pause von 25 Minuten ein.

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

Die Anfragen 8.1 und 8.2 wurden von der Verwaltung gemeinsam beantwortet.

zu 8.1 Anfrage des Stadtrates Bernhard Bönisch - CDU - zur Kostenexplosion beim Bau des Spielplatzes auf dem Rosa-Luxemburg-Platz
Vorlage: IV/2008/07397

1. Wie kommt der Aufwuchs von veranschlagten 100 T€ auf ca. 400 T€ zustande?
2. Ist mit weiteren Mehrkosten zu rechnen?

Bernhard Bönisch
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

In der Öffentlichkeit wurde mehrmals (zuletzt: <http://www.halleforum.de/Halle-Nachrichten/Spenden-fuers-Mammut-Fuer-die-Jugendwerkstatt/14861>) über die Kostenexplosion beim Bau des Spielplatzes Rosa-Luxemburg-Platz berichtet.

**zu 8.2 Anfrage der Stadträte Wolff/ Schuh, Fraktion NEUES FORUM+ UNABHÄNGIGE, zu den erhöhten Ausgaben für die Umgestaltung des Spielplatzes Rosa-Luxemburg-Platz
Vorlage: IV/2008/07416**

Wegen der unterschiedlichsten Aussagen (Vergabeausschuss, MZ-Bericht-erstattung, HalleForum...) zu den Ausgaben für die Umgestaltung des Spielplatzes am Rosa-Luxemburg-Platz, stellen wir folgende Fragen:

1. Ist es richtig, dass bei einer Zusammenkunft mit der Stadt über das Stadtmarketing – die Planung vorgestellt wurde und die Gesamtkosten voraussichtlichen auf 100.000 €, einschließlich Mammut, festgelegt wurden?
2. Ist es auch richtig, dass nach Aussage von Frau OB Szabados 100.000€ aus der Stadtkasse zur Verfügung gestellt werden sollten (MZ 02.06.2008) und demnach ausreichend Gelder zur Verfügung gestanden hätten?

100.000 Stadt Halle
44.000 Saalesparkasse
5.000 Ursprünge
<u>2.000 Wettgewinn</u>
151.000 Gesamt

Wenn ja, warum hat man sich dann bei der Umgestaltung für einen Träger und für den EB Arbeitsförderung, der das Dreifache an den geplanten Kosten verbrauchte, entschieden?

3. Ist es richtig, das die Saalesparkasse über die Vergabe von Sponsoringgeldern an verschiedene Projekte 35.000 € für das Mammut ausgereicht hat, die die Stadtverwaltung aber an die Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ überwiesen hat? Wenn ja, aus welchen Gründen hat sich die Stadtverwaltung so entschieden?

gez.: Sabine Wolff
Stadträtin NEUES FORUM

gez.: Prof. Dieter Schuh
Stadtrat UNABHÄNGIGE

Antwort der Verwaltung zu den Anfragen TOP 8.1 und TOP 8.2:

Anlässlich des ersten Gespräches zum Thema Spielplatz beim Stadtmarketing wurden allererste Überlegungen zum Spielplatz vorgestellt und eine Kostengröße von ca. 100.000,- € als reine Bausumme (d.h. ohne Planungskosten) geschätzt, die jedoch in keiner Weise untersetzt war.

Die Gestaltung des Spielplatzes im Kontext zum Museum für Ur- und Frühgeschichte als Unikat stellte besondere Anforderungen an den Bau und die Ausgestaltung der Spielelemente im Sandspielbereich. Hier hat das Museum gemeinsam mit den beiden Planern in der Planungsphase das Projekt deutlich weiterentwickelt. Der Standort im Bereich der unter Denkmalschutz stehenden Platanen war vorgegeben, aber grundungstechnisch und statisch besonders problematisch und aufwändig. Das frisch geschlagene Holz aus der Heide konnte nicht für alle Bauteile verwendet werden; hier musste Material zugekauft werden.

Gleichzeitig sollte der Platz insgesamt aufgewertet werden, d.h. es wurden im Mittelteil der Anlage verschlissene Wege rückgebaut, Plattenwege und Gehölzflächen erneuert und nachgepflanzt, ein Zugangsweg zurückgebaut und ein Stellplatz für bisher störende Kleidercontainer in die Anlage integriert.

Ein wesentliches Anliegen der Bürgerinitiative war die Verlagerung der angrenzenden Hundewiese, um die Rasenfläche in das Kinderspiel einbeziehen zu können. Hier musste ein Ersatzstandort hergerichtet werden.

Damit wurde deutlich mehr realisiert, als beim ersten Anlaufgespräch vorgesehen.

Es gab keine Haushaltsstelle „Spielplatz Rosa Luxemburg Platz“ die eine Ausschreibung der Maßnahme ermöglicht hätte. Die erforderlichen HH-Mittel standen nicht zur Verfügung.

Um die Maßnahme trotzdem zu ermöglichen, wurde ein Gemeinschaftsprojekt mit Spendenmitteln, Eigenbetrieb für Arbeitsförderung und Stadtverwaltung formuliert. Stadtplanungsamt und Grünflächenamt haben im Rahmen ihrer Möglichkeiten Gelder und Arbeitsleistung für das Projekt zur Verfügung gestellt:

Aus dem städtischen Haushalt wurde finanziert:

23.300 € davon:

- 14.800 € Planungsleistungen (Stadtplanungsamt)
- 2.900 € anteilige Baubetreuung (Grünflächenamt)
- 5.600 € für Kletternetze (Grünflächenamt)
- Bereitstellung von Robinienholz aus der Heide

Mit der Überlegung, den Spielplatz im Rahmen einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme zu realisieren, für die Mittel im Eingliederungstitel (EGT) der ARGE für 2008 bereitstehen, wurde eine sinnvolle Beschäftigungsmaßnahme konzipiert, für die eine neue Kalkulation erstellt werden musste.

Die neue Kalkulation ist von 400.000 € für Arbeitsförderungsmaßnahmen mit 61 Arbeitnehmern für 9 Monate ausgegangen. Dabei wurden die Mittel aus dem EGT durch die ARGE bereitgestellt, damit eine beschäftigungsnahe Vorbereitung der Arbeitnehmer für den Arbeitsmarkt möglich ist. Im Rahmen einer Antragsstellung wird vom Grundsicherungsträger über die Trägerauswahl und über die Durchführung nach den Regelungen des SGB II und SGB III entschieden.

Im Rahmen der Maßnahme wurden Arbeitskräfte beschäftigt, angelernt und qualifiziert. Der finanzielle Aufwand ist dem Qualifizierungsgedanken geschuldet und ist nicht ursächlich dem Spielplatz zuzurechnen.

Die Abrechnung dieser Maßnahme durch den EfA ergab Kosten in Höhe von **325.000 €**.

Diese setzen sich zusammen aus:

223.300 € aus dem Eingliederungstitel der ARGE

8.000 € Materialkosten (Budget EfA)

52.000 € Arbeitsplatz-, Lohn- und Lohnnebenkosten als Eigenanteil (Budget des EfA)

sowie folgende Spendengelder, die außer 2900 € für Baubetreuung ausschließlich für Baumaterial verwendet wurden:

35.000 € von der Saalesparkasse an den Freundeskreis des Landesmuseums

7.000 € vom Freundeskreis des Landesmuseums.

2.000 € von REWE an die Jugendwerkstatt Frohe Zukunft.

44.000 € Summe der Spenden,

41.700 € davon verbraucht, Restsumme 2.300 €, die an den Förderverein zurückerstattet wird

Damit wurden insgesamt: **52.400 €** für Materialkosten

20.600 € für Planungsleistungen ausgegeben

Aus dem städtischen Haushalt sind somit inklusive der Eigenanteile aus dem Budget des EfA ca. **83.300 €** in den Spielplatz geflossen.

Darüber hinaus wurden von der BI Spendengelder gesammelt, deren Höhe uns nicht genau bekannt ist und die bisher nicht verwendet wurden. Diese Gelder sollen in den Bau des Mammut fließen.

Dr. Thomas Pohlack
Bürgermeister

Wolfram Neumann
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.3 Anfrage des Stadtrates Joachim Geuther - CDU - zu den
Abrissgrundstücken an der Regensburger Straße (Zum Burgholz)
Vorlage: IV/2008/07398**

Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, die Abrissgrundstücke an der Regensburger Straße zu beräumen und i.R. des Stadtumbaus – bis zu einer andersartigen Nutzung - zu begrünen (Bsp.: Flächen an der Stadtgottesackerstraße)?

Joachim Geuther
Stadtrat

Begründung:

Für die Anwohner der Straßen „Zum Burgholz“ und „Wasserstraße“, die Anwohner in Burg, aber auch die vielen Menschen, die täglich durch Radewell fahren, ist der Anblick der Situation an der genannten Stelle unhaltbar. Berichten von Bürgern ist zu entnehmen, dass sich auf dem Grundstück Regensburger Str./Wasserweg bereits Ratten tummeln und so zu einer nicht unerheblichen Gefährdung der Gesundheit beitragen.

Antwort der Verwaltung:

Bei dem Grundstück Regensburger Straße 117, 118 (Ecke Zum Burgholz) handelt es sich um ein Privatgrundstück. Mit Datum vom 25.09.07 wurde der Eigentümer zur Beräumung des Grundstückes aufgefordert und die sofortige Vollziehung der Verfügung angeordnet. Für den Fall der Nichtbefolgung wurde ein Zwangsgeld angedroht.

Mit Datum vom 11.03.08 hat das Verwaltungsgericht Halle in einem Eilverfahren dem Antrag des Eigentümers auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung seines von ihm gegen die Verfügung eingelegten Widerspruches stattgegeben. Vom Grundsatz her erachtet das Gericht den Inhalt der Verfügung auf Beräumung des Grundstückes zwar für gerechtfertigt, sieht aber keine Gefahr in dem Sinne, dass eine sofortige Vollziehung der Anordnung

erforderlich wäre. Somit kann nur bis zur endgültigen Entscheidung des Hauptsacheverfahrens abgewartet werden.

Der Widerspruch liegt zurzeit beim Landesverwaltungsamt zur Prüfung, insofern die Widerspruchsbehörde die Beräumungsverfügung bestätigt, steht dem Grundstückseigentümer der Klageweg offen.

Dr. Thomas Pohlack
Bürgermeister

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.4 Anfrage des Stadtrates Joachim Geuther - CDU - zum Stand der Planungen zum Bau einer Umgehungsstraße in Radewell
Vorlage: IV/2008/07399**

1. Wie ist der Stand der Planungen zum Bau einer Umgehungsstraße in Radewell?
2. Sind bei den zuständigen Stellen Fördermittel beantragt worden?
3. Wenn nein, warum nicht?

Joachim Geuther
Stadtrat

Begründung:

Die Umgehungsstraße ist zur Entlastung der Regensburger Straße und deren Nebenstraße (z.B. Radeweller Straße) sowie als Gewerbegebietserschließungsstraße dringend notwendig.

Zur Erinnerung: Die Stadtverwaltung antwortete auf meine Anfrage zu demselben Thema am 16.9.1998, dass mit dem Bau der Umgehungsstraße 2001 begonnen werden soll.

Antwort der Verwaltung:

Die Anfrage kann erst zum Stadtrat am 29.10.2008 beantwortet werden, da umfangreiche Recherchen notwendig sind.

Dr. Thomas Pohlack
Bürgermeister

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt im Oktober.

zu 8.5 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zum Zustand der Heizung im Halloren- und Salinemuseum
Vorlage: IV/2008/07394

Das Halloren- und Salinemuseum sah sich im letzten Winter nur noch eingeschränkt in der Lage, Veranstaltungen als Gastgeber in den Räumen des Museums aufzunehmen, weil wegen der nicht funktionsfähigen Heizung die Räume bei kaltem Wetter nicht mehr über 15 Grad Celsius warm wurden. Die Beheizung der Räume erfolgt gegenwärtig nur über die Klimatruhen, deren Leistung funktionsbedingt bei weitem nicht ausreichen kann. Wir fragen die Verwaltung in diesem Zusammenhang.

1. Ist unter diesen Umständen der Arbeitsschutz für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere für Kassenkräfte und Aufsichten noch gewährleistet?
2. Ist im nächsten Winter damit zu rechnen, dass auch der normale Besucherbetrieb bei kaltem Wetter eingeschränkt werden muss?
3. Seit wann ist die Heizung nicht mehr funktionsfähig?
4. Welche Folgen für das Museumsgut haben die aus dem Ausfall der Heizung entstehenden Temperaturschwankungen?
5. Welche Folgen für die Bausubstanz haben die aus dem Ausfall der Heizung entstehenden Temperaturschwankungen?
6. Gibt es ein Investitionsvorhaben für den Ersatz der Heizung?
7. Für wann ist die Realisierung geplant?

gez. Johannes Krause
stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Antwort der Verwaltung:

Zu 1.

Gemäß Arbeitstättenverordnung § 6 sind in Ausstellungsräumen bei überwiegend nicht sitzender Tätigkeit 17°Celsius erforderlich. Diese werden durch die vorhandene Heizungsanlage erreicht und wurden als Raumtemperatur auch gemessen.

Der vordere Ausstellungsraum dient gleichzeitig als Kassenraum, sodass die erforderliche Temperatur von 20°Celsius für Büroräume nicht erreicht werden kann. Diese können nur durch Schaffung eines abgeschlossenen Kassenraumes erreicht werden.

Bei Vorhandensein eines Pausenraumes ist dort eine Temperatur von 21°Celsius erforderlich.

In einem solchen Pausenraum ist das Aufwärmen der Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen möglich, dieser Pausenraum soll geschaffen werden. Hierfür sind organisatorische Maßnahmen und einfache technische Verbesserungen nötig und möglich.

Zu 2.

Der normale Besucherbetrieb muss bei kaltem Wetter nicht eingeschränkt werden.

Zu 3.

Die Heizung ist in einem funktionstüchtigen Zustand. Sie entspricht aber bei Weitem nicht dem derzeitigen Stand der Technik. Regelmäßige Instandhaltungsarbeiten sind stets durchgeführt worden. Störungen an der Heizungsanlage werden sofort behoben. Die Erneuerung der Heizungsanlage ist jedoch seit Jahren an fehlenden finanziellen Mitteln gescheitert.

Zu 4. und 5.

Ein Ausfall der Heizungsanlage ist nach jetzigem Erkenntnisstand nicht zu erwarten. Für das Museumsgut (Ausstellungsstücke) sind im Jahr 2007 zusätzliche elektrische Heizgeräte installiert worden, sodass für o. g. Ausstellungsstücke die erforderliche Temperatur jederzeit erreicht werden kann.

Zu 6.

Die Erneuerung der Heizungsanlage des Halloren- und Salinemuseums ist Bestandteil des vorbereiteten Energieeinspar-Contractings der Stadt Halle.

Zu 7.

Die Realisierung wird für 2009 angestrebt. Voraussetzung ist der erfolgreiche Abschluss des Energieeinspar-Contracting-Projektes.

Dr. Thomas Pohlack
Bürgermeister

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.6 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Kostensteigerungen im
Verwaltungshaushalt durch Energiepreiserhöhungen
Vorlage: IV/2008/07395**

Seit dem Jahr 2000 ist der durchschnittliche Verbraucherpreis privater Haushalte für Erdgas von 3,94 €/T auf 6,51 €/T incl. Mwst. und für Strom von 14,92 c/kWh auf 20,15 c/kWh incl. Mwst. gestiegen. Weitere dramatische Erhöhungen sind in den kommenden Jahren zu erwarten. Die Preisentwicklung bei der EVH verlief ähnlich. Der Strompreis stieg hier von 12,78 c/kWh im Jahr 2000 auf 19,60 c/kWh im Jahr 2007 im Tarif „spar +“ und vom 15,54 c/kWh auf 20,36 c/kWh im Normaltarif.

Diese Entwicklung belastet nicht nur die Hallenserinnen und Hallenser sondern auch den Verwaltungshaushalt der Stadt Halle, insbesondere bei den durch die Stadt genutzten Gebäuden und den durch die Stadt zu übernehmenden Kosten der Unterkunft für ALG-II-Empfänger.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:

1. Wie haben sich die Energiekosten für die im städtischen Eigentum befindlichen bzw. von der Stadt genutzten Gebäude in den Jahren 2000 bis 2007 entwickelt?
2. Wie haben sich die in den Kosten der Unterkunft für ALG-II-Empfänger enthaltenen Übernahmen für Energiekosten in den Jahren 2005 bis 2007 entwickelt?
3. Wie sieht die Verwaltung die Entwicklung der Energiepreise in den kommenden Jahren?
4. Sind zu erwartende Steigerungen in den oben genannten Bereichen in der mittelfristigen Haushaltsplanung berücksichtigt?
5. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, die zu erwartenden Kostensteigerungen zu begrenzen?

gez. Johannes Krause
Fraktionsvorsitzender

Antwort der Verwaltung:

Die Verwaltung bittet, die Beantwortung der Anfrage in die Stadtratssitzung im September 2008 zu verschieben.

Begründung:

Zur Beantwortung der Anfrage sind die Zuständigkeiten verschiedener Dezernate und der des EB ZGM berührt. Die Verwaltung bittet daher um Verschiebung der Beantwortung.

Egbert Geier
Beigeordneter

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt im September.

zu 8.7 Anfrage des Stadtrates Dietmar Weihrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Umsetzung des Beschlusses zur Radverkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale) Vorlage: IV/2008/07401

1. Am 28.03.2007 beauftragte der Stadtrat die Stadtverwaltung, für die in der Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) beschriebenen „Radrouten mit Priorität“ und der Zieltrasse des Saale-Radwanderweges (Haupttroute) eine Übersicht über die notwendigen Investitionsmaßnahmen zuzüglich laufender Instandsetzungskosten zur Gewährleistung von sicheren verkehrlichen Bedingungen für den täglichen Radverkehr zu erstellen. In einer solchen Übersicht sollen die zu realisierenden Maßnahmen prioritär gewichtet und Kostenschätzungen einschließlich der zur Verfügung stehenden Fördermittel angegeben werden. Sowohl auf eine Anfrage im Oktober 2007 im Stadtrat als auch auf Anfragen des Runden Tisches Radverkehr (zuletzt 19.06.2008) wurde von Seiten der Stadtverwaltung darauf hingewiesen, dass es einen Entwurf einer Übersicht bereits gibt, dieser sich aber noch in der internen Abstimmung der Verwaltung befindet.
2. Aufgrund des Antrages IV/2006/05997 wurde weiterhin beschlossen, dass zukünftig bei allen Straßenbauvorhaben die Radverkehrsfreundlichkeit der jeweiligen Maßnahme zu prüfen ist. Einmal jährlich soll im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben über den erreichten Stand der Umsetzung des Radverkehrskonzeptes berichtet werden. Im Oktober 2007 wurde auf die erste Anfrage nach dem jährlichen Bericht zum Stand der Umsetzung der Radverkehrskonzeption für das Jahr 2007 von der Stadtverwaltung geantwortet, dass die Berichterstattung im 1. Quartal 2008 erfolge.
3. In der Radverkehrskonzeption wurde bereits 1995 festgelegt, dass Fahrradstationen in Halle errichtet werden sollen. Im Rahmen der Beschlussfassung zur Gestaltung des Omnibusbahnhofs am Ernst-Kamieth-Platz wurde die Verwaltung beauftragt, östlich der vorgesehenen Treppenanlage eine Fahrradstation zu entwickeln.

Während der ersten Sitzung des Runden Tisches Radverkehr am 13.12.2007 berichteten Vertreter der Stadtverwaltung, dass demnächst eine Stadtratsvorlage vorbereitet werde, in der die Ergebnisse einer durchgeführten Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zur Errichtung einer Fahrradstation am Hauptbahnhof dargestellt werden, um einen Beschluss zur weiteren Verfahrensweise fassen zu können. Auch im Planungsausschuss am 10.06.2008 wurde erneut darauf verwiesen.

Hinsichtlich der Umsetzung der beschlossenen Aktivitäten frage ich:

- Zu 1. Wann wird die im Punkt 1 genannte Übersicht den Stadträten vorgelegt und im Planungsausschuss beraten?
- Zu 2. Wann erfolgt die Berichterstattung für das Jahr 2007 im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben zum erreichten Stand der Umsetzung der Radverkehrskonzeption?
- Zu 3. Wann erfolgt die Berichterstattung zu den Ergebnissen der Wirtschaftlichkeitsprüfung zur Errichtung einer Fahrradstation am Hauptbahnhof und wie weit ist das Verfahren für die Beschlussfassung zur Durchführung weiterer Planungs- und Umsetzungsschritte zum Bau der Fahrradstation vorangeschritten? Welche Maßnahmen sind von der Stadtverwaltung für eine Verzahnung mit bestehenden Baubeschlüssen vorgesehen (bspw. Baubeschluss Umgestaltung Zentraler Omnibusbahnhof Ernst-Kamieth-Platz)?

gez. Dietmar Weihrich
Stadtrat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antwort der Verwaltung:

- zu 1. Die Übersicht über die notwendigen Investitionsmaßnahmen zuzüglich laufender Instandsetzungskosten zur Gewährleistung von sicheren verkehrlichen Bedingungen für den täglichen Radverkehr auf den „Radrouten mit Priorität“ und der Zieltrasse des Saale-Radwanderweges (Hauptroute) wird dem Planungsausschuss in seiner September – Sitzung vorgelegt.
- zu 2. Der Bericht zum Umsetzungsstand der Radverkehrskonzeption wird dem Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben und dem Planungsausschuss im Oktober vorgelegt.
- Zu 3. Die verwaltungsinterne Abstimmung und Bewertung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zur Errichtung einer Fahrradstation am Hauptbahnhof ist noch nicht abgeschlossen. Nach Abschluss der Prüfung und Bewertung wird der Planungsausschuss durch die Stadtverwaltung über das Ergebnis informiert.

Dr. Thomas Pohlack
Bürgermeister

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.8 Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- zur Beschlussvorlage Energiebericht 2007
Vorlage: IV/2008/07402**

In Folge des Beschlusses des Stadtrates vom 29.03.2006 zur Umsetzung eines Energiespar-Contracting-Modells hat die Stadtverwaltung angekündigt, einen sogenannten Energiebericht zu erstellen. Während der Beratung des Berichtes für 2007 in den entsprechenden Fachausschüssen in den Monaten März bis Mai 2008 wurde der Bericht von der Stadtverwaltung für eine nochmalige Überarbeitung zurückgezogen.

Ich frage:

Wann wird den Stadträten eine überarbeitete Fassung der Vorlage vorgelegt, um beschlusswirksame Konsequenzen beraten zu können?

gez. Dietmar Wehrich
Stadtrat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antwort der Verwaltung:

In der öffentlichen Sitzung des Betriebsausschusses des **Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement** am 29. Mai 2008 wurde der Energiebericht 2007, Vorlagen-Nummer IV/2007/06921, zurückgezogen. Es wurde der Auftrag erteilt, dem Ausschuss in der Sitzung am 30. Oktober 2008 einen überarbeiteten Energiebericht vorzulegen. Konkret sollten u. a. die kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen Maßnahmen für weitere Energiesparpotentiale in den städtischen Liegenschaften dargestellt werden.

Die Beratungsfolge beginnt am 30.10.2008 mit der Sitzung des Betriebsausschusses des EB ZGM und stellt sich somit wie folgt dar:

Beratungsfolge	Termin	Status
Betriebsausschuss des EB ZGM	30.10.2008	öffentlich Vorberatung
Bildungsausschuss	04.11.2008	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten	20.11.2008	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	09.12.2008	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	10.12.2008	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	17.12.2008	öffentlich Entscheidung

Dr. Thomas Pohlack
Bürgermeister

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.9 Anfrage des Stadtrates Tom Wolter - MitBürger - zur Umsetzung des Beschlusses zu Spielplatzpatenschaften
Vorlage: IV/2008/07403**

Am 12.12.2007 beauftragte der Stadtrat die Stadtverwaltung, die Bedingungen für die Vergabe von Spielplatzpatenschaften für öffentliche Spielplätze in Halle zu prüfen. In der Antragsbegründung wurde damals auf ein bereits vorhandenes Konzept in Berlin im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf explizit verwiesen.

Hinsichtlich der Umsetzung des Beschlusses frage ich:

1. Wie weit sind die erforderlichen Recherchen vorangeschritten?
2. Wann sollen die Prüfungsergebnisse in den Ausschüssen des Stadtrates vorgestellt werden?

gez. Tom Wolter
Stadtrat MitBürger

Antwort der Verwaltung:

Zu 1.

Dem Hinweis auf das vorhandene Konzept zur Vergabe von Spielplatzpatenschaften in Berlin im Bezirk Charlottenburg - Wilmersdorf ist die Verwaltung gefolgt. Nach Rücksprache mit dem dort Verantwortlichen ist das Konzept rein rechtlich machbar, hat sich aber als nicht praktikabel erwiesen, da sich nur sehr wenige Interessenten fanden. Das Konzept wird dort derzeit umgeschrieben, und der Aufgaben- bzw. Interessentenkreis wird vergrößert. Im Wesentlichen gibt es Übereinstimmung zwischen der Fortschreibung des Konzeptes Charlottenburg -Wilmersdorf und den hallischen Überlegungen.

Zu 2.

Die Verwaltung verfolgt das Ziel, zwei Arten von Patenschaften zu ermöglichen.

I. Ehrenamtspaten

Adressaten sind hier Privatpersonen, Vereine, Schulen und öffentliche Institutionen, die für ihr unmittelbares Umfeld als Spielplatzpaten gewonnen werden sollen.

Dazu wird die Stadtverwaltung - insbesondere in Zusammenarbeit mit der Freiwilligenagentur – spätestens 2009 eine Kampagne starten.

II. Sponsorpatenschaften

- bestehende Spielplätze

Der Grundgedanke dieser Patenschaften umfasst die Werbung von Sponsoren hinsichtlich der Unterstützung bei der Ersatzbeschaffung von Spielgeräten sowie der Instandhaltung von Spielplätzen. Hierzu sollen die Freiwilligenagentur und die Bürger.Stiftung.Halle einbezogen werden.

Geplant ist, einen Katalog für benötigte Ersatzbeschaffung von z. B. Spielgeräten, Bänken, Grünpflanzungen etc. entsprechend dem Zustand und der verabschiedeten Spielflächenkonzeption zu erstellen. Dieser kann Bestandteil eines einheitlichen „Wunschkataloges“ der Stadt Halle (Saale) für Sponsoring sein.

Hier finden zurzeit Abstimmungen innerhalb der Stadtverwaltung statt. Ein Katalog könnte im I. Quartal 2009 als Grundlage zur Sponsorensuche zur Verfügung stehen.

- neue Spielplätze

Suche von Sponsoren/Investoren für neu zu schaffende Spielplätze entsprechend der Prioritätenliste (siehe Spielflächenkonzeption der Stadt) und dem Bedarf bestimmter Interessengruppen.

Hintergrund ist die Überlegung, einen Spielplatz passend zum Angebot/Thema eines Unternehmens oder einer Interessengruppe zu bauen.

Über den Arbeitsstand soll im I. Quartal 2009 in den Ausschüssen berichtet werden.

Dr. habil. Hans-Jochen Marquardt
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.10 Anfrage des Stadtrates Dietmar Weihrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- zum Ausbau der Straße Gimritzer Damm
Vorlage: IV/2008/07404**

Im Investitionsprogramm der Stadt Halle (Saale) sind für die kommenden Jahre ab 2009 Haushaltsmittel für die Straße Gimritzer Damm vorgesehen. Laut Presseinformationen hat die Stadtverwaltung bereits ein Konzept für diese Maßnahme erstellt, im September sollen mit dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt Gespräche über Fördermittel für die Maßnahme geführt werden. Als Begründung werden die prognostizierte Zunahme von Auto- und LKW-Verkehr durch die Fertigstellung von A 38, A 143 und die Verbreiterung der A 14 benannt.

Ich frage:

1. Welche konkreten Berechnungen liegen der erwarteten Zunahme des Auto- und LKW-Verkehrs am Gimritzer Damm zugrunde? Wann wurden diese Berechnungen durchgeführt?
2. Welche konkreten Pläne hat die Verwaltung für eine Umgestaltung der Straße?
3. Welche Prognosen bzw. Berechnungen liegen hinsichtlich der Straßen Heideallee und Dölauer Straße sowie den Ortsdurchfahrten Dölau und Lettin vor? Sind auch in diesen Bereichen Ausbauten der Verkehrsinfrastruktur vorgesehen?

gez. Dietmar Weihrich
Stadtrat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antwort der Verwaltung:

Die Anfrage kann erst zum Stadtrat am 29.10.2008 beantwortet werden, da umfangreiche Recherchen notwendig sind.

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt im Oktober.

**zu 8.11 Anfrage der Stadträtin Elke Schwabe - WIR. FÜR HALLE. - zur
Entschärfung des Unfallschwerpunktes Kröllwitzer Straße
Vorlage: IV/2008/07410**

Nach dem Umbau der Kröllwitzer Straße im Jahr 2001 hat sich der Kurvenbereich nahe der Einmündung Talstraße zu einem Unfallschwerpunkt entwickelt, bei dem erhebliche Verletzungen insbesondere bei Radfahrern zu verzeichnen sind. Beispielsweise berichtete die Mitteldeutsche Zeitung am 23.06.08 über ein solches Unfallgeschehen.

In einer Sitzung des „Runden Tisch Radverkehr“ am 27.03.2008 wurden von der Stadtverwaltung Varianten für mögliche bauliche Maßnahmen in diesem Bereich zugunsten der Radfahrer incl. Kostenschätzung vorgestellt.

Ich frage:

1. Welche Lösungsvariante zur Entschärfung des Unfallschwerpunktes wird von der Stadtverwaltung favorisiert? Wann wird eine entsprechende Vorlage in die Gremien des Stadtrates eingebracht?
2. Wird die Stadtverwaltung dem Stadtrat für dieses Projekt eine Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Jahr 2009 vorschlagen?

gez. Elke Schwabe
Stadträtin WIR. FÜR HALLE.

Antwort der Verwaltung:

Die Stadtverwaltung hat verschiedene Varianten zur Entschärfung der Unfallhäufungsstelle untersuchen lassen bzw. selbst untersucht. Zur Untersetzung der Varianten ist es erforderlich, weitergehende Detailuntersuchungen zu veranlassen.

Nach Abschluss dieser Untersuchungen wird die Stadtverwaltung dem Planungsausschuss eine Lösungsvariante vorschlagen.

Die bisher untersuchten Varianten unterscheiden sich finanziell stark. Die Einordnung in den Haushalt ist daher stark abhängig von der gewählten Vorzugsvariante. Dies muss dann mit den Fraktionen besprochen werden.

Kurzfristig wurde zur Entschärfung dieser Unfallhäufungsstelle eine entsprechende Beschilderung angebracht, die insbesondere die 2-Rad-Fahrer auf die Unfallhäufungsstelle hinweist.

Parallel zur Variantenuntersuchung wurden Griffigkeits- und Rauigkeitsmessungen der betreffenden Fahrbahnbereiche durchgeführt. Dabei wurde eine zu geringe Griffigkeit der Fahrbahn festgestellt.

In Zusammenarbeit mit der HAVAG wurde im Zeitraum 08.08.2008 – 10.08.2008 die Gleis-schmieranlage und die obere Fahrbahndecke ausgebaut und neuer Gussasphalt bzw. eine neue bituminöse Decke eingebaut.

Damit wurde die Griffigkeit der Fahrbahn in diesem Bereich wieder hergestellt.

Dr. Thomas Pohlack
Bürgermeister

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.12 Anfragen der Stadträte Wolff/Schuh, Fraktion NEUES FORUM+
UNABHÄNGIGE, zum Ausbau der Delitzscher Straße
Vorlage: IV/2008/07405**

Weshalb wird am Knoten 10 das Gelände der ehemals dort ansässigen Fa. Auto-Teile-Unger als Ruinenfeld belassen?

Weshalb wird dieses mit der HES verbundene „Eingangstor“ der Stadt Halle am Knoten 10 zum Schandfleck gemacht, obwohl dort nach dem Abriss aller Gebäude kein Baurecht mehr besteht, weil auf diesem Areal im Flächennutzungsplan „sonstige Grünfläche“ ausgewiesen ist?

Warum erfolgen die gesetzlich vorgeschriebenen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für den Ausbau der Delitzscher Straße nicht entsprechend den gesetzlichen Regelungen des Naturschutzrechtes unmittelbar am Ort des Eingriffs auf dem v. g. Gelände, zumal sowieso Enteignungen an anderer Stelle erfolgen müssen?

Weshalb wird das Gelände der Saline begünstigt, welches ohnehin schon durch Fördermittel neu gestaltet wird und das „Eingangstor“, d. h. der Knoten 10, als Kreuzungspunkt zweier Hauptverkehrsachsen der Stadt Halle soll als städtebauliches Debakel zurück bleiben?

Hier ist zu bedenken, dass erst mit dem Bau der HES und dem Ausbau der Delitzscher Straße die Gebäude der ehemals dort ansässigen Fa. Auto-Teile-Unger abgerissen wurden. Eine Nachnutzung ist wegen der Darstellungen des Flächennutzungsplanes dort nicht möglich.

Zum einen ist den Anwohnern nicht zu erklären, weshalb hier Millionen verbaut werden und solche Inseln der städtebaulichen Scheußlichkeit durch solche Baumaßnahmen geschaffen werden und zum anderen ist nicht nachzuvollziehen, weshalb vorsätzlich gegen geltendes Naturschutzrecht verstoßen wird, dass im ersten Rang den Ausgleich am Ort des Eingriffs vorschreibt.

Wie stellt sich die Stadt Halle nach außen für Besucher und Gäste dar, wenn Millionen verbaut werden und solche städtebaulich abstoßenden Areale verbleiben?

Weshalb schafft die Stadtverwaltung vorsätzlich städtebauliche Missstände und hält sich absichtlich nicht an gesetzliche Regelungen?

gez. Sabine Wolff
Stadträtin NEUES FORUM

gez.: Prof. Dr. Dieter Schuh
Stadtrat UNABHÄNGIGE

Antwort der Verwaltung:

Abrissflächen HES/Private Flächen

Die für den Straßenbau HES 3b2 erforderlichen Flächen wurden durch die Stadt erworben und im Rahmen des Bauloses 6 - Abbruch - vollständig zur Schaffung von Baufreiheit beräumt.

Die Restfläche von gesamt ca. 7.500 m² ist nach wie vor in privatem Eigentum.

Die Grundstücksgrenze der durch die Stadt Halle erworbenen Fläche (vollständig beräumt) und der privaten Grundstücksfläche ist in der Örtlichkeit durch einen Zaun gesichert und klar erkennbar. Ein auf dem jetzt städtischen Grundstück befindlicher Schuppen an der Grundstücksgrenze zum Hochweg 5 wird im Zuge der weiteren Baumaßnahmen ebenfalls vollständig rückgebaut (innerhalb der nächsten 2 Monate) und die Zaunsetzung zum vorgenannten Grundstück vorgenommen.

Der Abriss der Gebäude auf dem privaten Grundstück – altes Wohngebäude (ehemals Delitzscher Straße 96), südlich hinter diesem Gebäude gelegene Schuppen und Nebengebäude sowie die Leichtbauhalle an der südlichen Grenze des Grundstückes und östlich davon befindliche Schuppen - sind weder durch die Baumaßnahme HES 3b2 noch durch den geplanten Ausbau der Delitzscher Straße verursacht. Der Abriss dieser Gebäude wurde vom privaten Grundstückseigentümer eigenständig vorgenommen. Hier lagern auch noch die Schuttmassen dieser Gebäude. Die künftige Nutzung des Privatgrundstückes ist noch nicht bekannt.

Die unmittelbar an der Trasse der HES liegenden Flächen im Bereich der Kreuzung Delitzscher Straße/Hochweg werden im Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Halle als sonstige Grünfläche, Zweckbestimmung Verkehrsbegleitgrün, dargestellt.

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen der HES 3b2 erfolgen trassenbegleitend auf städtischem Grund und Boden. In der Hauptachse wird südlich des Hochweges zum Hufeisensee hin eine 50 m breite Aufforstungsfläche mit Abschirmdamm angelegt. Weitere zu begrünende Flächen befinden sich nordwestlich sowie südöstlich des Knotens 10 vor dem erwähnten privaten Grundstück, so dass hier ein gestalteter Bereich geschaffen werden kann.

Die angefragte zu entsiegelnde Fläche an der Saline ist eine Maßnahme des 3. HA der Straßenbahn Delitzscher Straße.

Ausblick

Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens für das Vorhaben 3. HA Straßenbahn Delitzscher Straße muss weiterer Grunderwerb getätigt werden, so dass im Rahmen dieser Kaufverhandlungen auch über die Fortführung der Beräumungsarbeiten Auskunft vom Eigentümer eingeholt wird.

Die Stadtverwaltung wird bestrebt sein, in Abstimmung mit dem privaten Eigentümer dieses „Eingangstor“ der Stadt zu gestalten und nachhaltig zu verbessern.

Dr. Thomas Pohlack
Bürgermeister

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte nach, weshalb Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen an der Saline vorgenommen wurden und nicht entsprechend den gesetzlichen Regelungen des Naturschutzrechtes am Ort des Eingriffs.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack entgegnete, dass die Straßenbahnstrecke von Halle-Neustadt bis nach Büschdorf eine zusammenhängende Maßnahme sei. Und deshalb sei man diesen Weg gegangen, die Ausgleichsmaßnahmen an der Saline zu praktizieren. Dass es unmittelbar an Ort und Stelle gemacht werden kann, sei der Idealfall.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.13 Anfragen der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+ UNABHÄNGIGE - zu den Städtepartnerschaften der Stadt Halle(Saale)
Vorlage: IV/2008/07406**

1. Wie viele Stadtpartnerschaften hat die Stadt Halle (Saale) bis zum heutigen Zeitpunkt abgeschlossen?
2. Welche der geschlossenen Städtepartnerschaften werden wie betreut? (Zeitaufwand, Begleitung, finanzielle Aufwendungen)
3. Mit welchem Ziel werden diese geschlossenen Städtepartnerschaften geführt?
4. Welche Ziele konnte bis heute umgesetzt werden?
5. Welche Städtepartnerschaften sollen in Zukunft weiter ausgebaut werden?
6. Welche Fördermittel der EU nutzt die Stadt Halle bei geschlossenen Städtepartnerschaften mit europäischen Städten?

gez.: Sabine Wolff
Stadträtin NEUES FORUM

gez.: Prof. Dr. Dieter Schuh
Stadtrat UNABHÄNGIGE

Antwort der Verwaltung:

Vorbemerkung:

Zur Beantwortung der Fragen wird auf die Vorlage „Städtepartnerschaften der Stadt Halle (Saale)“, Vorlagen-Nr. III/2002/02953 vom 12.12.2002 (Anlage 1), verwiesen sowie auf die Beantwortung der Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld, CDU, bezüglich der Städtepartnerschaften der Stadt Halle (Saale) vom 04.10.2005, Vorlagen-Nr. IV/2005/05279 (Anlage 2). Hierin sind die Städtepartnerschaften und –freundschaften, die Hintergründe, die Aktivitäten, finanziellen Aufwendungen und die weiteren Entwicklungsziele ausführlich erläutert.

Ergänzend liegt eine nach den Partnerstädten geordnete Information aus dem Jahre 2005 bei, welche die Partnerschafts-Aktivitäten von 2003 und 2004 mit Ausblick auf das Jahr 2005 und teilweise bis 2007 (Anlage 3) fortschreibt. Die Liste wird fortlaufend ergänzt und fortgeführt.

Des Weiteren erfolgte im Hauptausschuss am 13.09.2006 eine schriftliche Information zur Höhe des Budgets für die Unterhaltung von Städtepartnerschaften (Anlage 4).

Der konkrete zeitliche und finanzielle Aufwand für die Partnerschaftsaktivitäten hängt von den im jeweiligen Jahr anstehenden partnerschaftsrelevanten Veranstaltungen und Ereignissen ab. Beispielsweise waren 2006 zum 1200jährigen Stadtjubiläum alle Oberbürgermeister unserer Partnerstädte Gäste der Stadt Halle. Im Jahr 2008 feiern Halle und Oulu „40 Jahre Städtepartnerschaft“. Im Dezember wird eine hallesche Delegation nach Oulu reisen und dieses Ereignis nutzen, im Rahmen der parallel stattfindenden Fachtagung „Bio meets Nano“ die wirtschaftlichen Kontakte mit Oulu weiter zu vertiefen. Die Vorbereitungen hierzu leistet das Amt für Wirtschaftsförderung. Beide Städte nehmen bereits zum 6. Mal an dieser Fachkonferenz teil.

Zu 1. bis 4.

Zur Beantwortung dieser Fragen wird auf die Vorbemerkung und die beigefügten Anlagen verwiesen.

Zu 5. Es ist das erklärte Ziel, Halle als anerkannte Stadt in der europäischen Metropolregion Mitteldeutschland zu profilieren (siehe Vorlage „Vereinbarung zu strategischen Zielen“, Vorlage Nr.: IV/2007/06669) – Anlage 5 -. In diesem Sinne sollen künftig vorrangig solche Partnerschaften ausgebaut und aufgebaut werden, die Halle als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort in Europa stärken und fördern.

Von den bestehenden Partnerschaften hat insbesondere Oulu hochinteressante Potentiale. Aber auch der Abschluss eines Partnerschaftsvertrages mit Jiaying brächte eine Vielzahl von Impulsen u.a. für die wirtschaftliche Entwicklung von Halle. Alle Delegationsmitglieder unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Mathias Weiland, stimmten in einer gemeinsamen Auswertung überein, dass der Aufbau einer Städtepartnerschaft mit Jiaying wünschenswert ist.

In Umsetzung des Stadtratsbeschlusses vom 07.05.2003 (Vorlage-Nr.: III/2002/02953) – Anlage 1 – strebt die Stadt Halle nach wie vor den Aufbau einer Partnerschaft zu einer Stadt in den USA an. Gegenwärtig weisen die Bemühungen in Richtung Philadelphia, die vor allem durch den Verein Halle International e.V. unterstützt werden. Für die Stadt Philadelphia spricht, dass sowohl bereits Kontakte über die hallesche Wirtschaft als auch die Franckeschen Stiftungen, die Martin-Luther-Universität und Vereine (u.a. Timberwölfe) bestehen.

Darüber hinaus werden in Zusammenarbeit z. B. mit den Stadtwerken, dem TGZ, dem ISW, den Franckeschen Stiftungen und anderen strukturbestimmenden Institutionen und Wirtschaftsunternehmen der Stadt Wirtschafts- und Wissenschaftskooperationen organisiert. Dafür stehen die Teilnahme der Oberbürgermeisterin am „EuroIndia Forum“ im April 2008 in Goa und Delhi – eine ausführliche Berichterstattung hierzu erfolgte im Stadtrat - und die Teilnahme von Aufsichtsräten der Stadtwerke im Rahmen eines EU- und Weltbankprojektes zur Wasserversorgung in Lüderitz (Namibia).

zu 6. Für die Städtepartnerschaftsaktivitäten wurden bisher keine Fördermittel der EU genutzt. Mit der stellenneutralen Einrichtung eines EU-Referenten soll ein verwaltungsexternes Netzwerk zu regionalen Partnern und EU-Verantwortlichen aufgebaut und die Nutzung von EU-Förderprogrammen innerhalb der Verwaltung koordiniert und optimiert werden.

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

Anlagen

Anlage 1: SR Vorlagen-Nr. III/2002/02953 vom 12.12.2002

Anlage 2: Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld, CDU, bezüglich der Städtepartnerschaften der Stadt Halle (Saale) vom 04.10.2005, Vorlagen-Nr. IV/2005/05279 nebst Antwort

Anlage 3: Information aus 2005 zu den Partnerschaftsaktivitäten 2003 und 2004 mit Ausblick auf 2005 und teilweise 2007

Anlage 4: Information im HA vom 13.09.2006 zur Höhe der Budgets

Anlage 5: Vorlage Nr.: IV/2007/06669 – Vereinbarung zu strategischen Zielen

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.14 Anfragen der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+ UNABHÄNGIGE - zur Besetzung des Fachbeirates der Landesvereinigung für kulturelle Jugendbildung Vorlage: IV/2008/07407

Am 01. 07.2008 hat sich der Fachbeirat der Landesvereinigung für kulturelle Jugendbildung konstituiert.

In den Beirat wurden die Intendantin des Thalia Theaters und noch drei weitere Hallenser gewählt.

Wir fragen daher:

1. Wer wird die Stadt Halle außer der Intendantin in den Fachbeirat vertreten?
2. In welchem Gremium werden die Ergebnisse vorgestellt?

gez.: Sabine Wolff
Stadträtin NEUES FORUM

gez.: Prof. Dr. Dieter Schuh
Stadtrat UNABHÄNGIGE

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Die Stadt Halle (Saale) wird im Fachbeirat des Vereines „Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt e.V.“ nicht vertreten, da sich der Beirat gemäß § 5a der Satzung des Vereines aus natürlichen Personen zusammensetzt.

Hierzu wurden durch den Verein am 01.07.2008 neben Frau Annegret Hahn noch folgende Persönlichkeiten gewählt:

Frau Prof. Dr. Eva Maria Kohl.
Herr Klaus Froboese

zu 2.

Der Beirat ist gemäß der Satzung des Vereines ein Arbeitsorgan mit beratender Funktion im Verein, d.h. er berichtet im Verein.

Zur Erklärung werden in den Anlagen die Satzung und die Mitgliederliste des Vereines (jeweils Download von der Homepage) angefügt.

Dr. habil. Hans-Jochen Marquardt
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.15 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+ UNABHÄNGIGE - zur Schließung der Schwimmhalle Neustadt Vorlage: IV/2008/07408

In der MZ von 16.07.2008 war folgender Artikel „Duo sitzt auf dem Trockenen – Wasserspringer vor Olympia ohne Halle - Aufschub der Sanierungsarbeiten nicht möglich“ zu lesen.

Unsere Stadt sollte stolz sein, mehrere Sportler nominiert zu haben und sollte alles dafür tun, dass diese Sportler die besten Trainingsmöglichkeiten zur Verfügung haben.

Stattdessen war im folgenden Bericht zu lesen, dass die Halle wegen Sanierungsarbeiten geschlossen wurde und die Sportler nach Leipzig zum trainieren fahren mussten. Eine zusätzliche Belastung wie wir finden.

Weiter war zu lesen, dass die Sanierungsarbeiten im Beckenbereich zu dem benötigten Zeitraum gar nicht erfolgten.

Wir fragen daher:

1. Ist es richtig, dass den Leistungssportlern die Halle nicht zur Verfügung stand?
Wenn ja, wie begründen die Mitarbeiter des ZGM ihr Vorgehen?
2. Ist mit den Leistungssportlern Wels und Dieckow gesprochen wurden?
Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
Wenn nein, warum nicht?

3. Hat man nach Möglichkeiten gesucht ihnen diese Zusatzbelastung zu ersparen?
Wenn ja, welche?
Wenn nein, warum nicht?

gez.: Sabine Wolff
Stadtrat NEUES FORUM

gez.: Prof. Dieter Schuh
Stadtrat UNABHÄNGIGE

Antwort der Verwaltung:

- 1.) Ist es richtig, dass den Leistungssportlern die Halle nicht zur Verfügung stand?
Wenn ja, wie begründen die Mitarbeiter des ZGM ihr Vorgehen?

Im Februar 2008 hat der **EigenBetrieb ZentralesGebäudeManagement** die schriftliche Aufforderung des damaligen Fachbereichs Schule/Sport/Bäder erhalten, die Sanierung der Deckenbinder in der Sprunghalle und die Behandlung der Deckenbinder 5 bis 8 in der Schwimmhalle Neustadt vorzubereiten und im Zeitraum vom 10.07.2008 bis 22.08.2008 zu realisieren.

Der Ausführungszeitraum ist durch die Sommerferien begrenzt, der Umfang der zu bewältigenden Bauarbeiten groß. Zudem müssen technologische Randbedingungen eingehalten werden, die eine Abweichung vom Zeitplan nicht zulassen.

Die Vorbereitungen sind zwischen dem Auftraggeber Stabsstelle Sport und Bäder und dem **EigenBetrieb ZentralesGebäudeManagement** abgestimmt und koordiniert worden. Die Sportler wurden über die Planungen informiert und nahmen an Koordinierungsgesprächen teil. Sie haben keine Einwände gegen den Ablaufplan vorgebracht. Daraufhin wurde die Ausschreibung der Bauarbeiten auf die mit dem Auftraggeber abgestimmten und von den Nutzern akzeptierten Zeitplan ausgerichtet.

Bei einer Verkürzung der Ausführungszeiten können die Arbeiten an den wichtigen Bauteilen nicht ordnungsgemäß ausgeführt werden. Die Beendigung der Arbeiten wäre dann nicht möglich, infolgedessen müsste die Ausschreibung aufgehoben werden. Der **EigenBetrieb ZentralesGebäudeManagement** hat daher entschieden, vereinbarungsgemäß zu handeln und die Bauarbeiten entsprechend dem abgestimmten Zeitplan beginnen lassen.

- 2.) Ist mit den Leistungssportlern Wels und Dieckow gesprochen wurden?
Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
Wenn nein, warum nicht?

Die Verwaltung hat mit den Leistungssportlern Wels und Dieckow nicht persönlich gesprochen. Während der Stadtfachausschusssitzungen Schwimmen (SFS) vom 11.03.2008 und 28.05.2008 wurden die geplanten Schließungszeiträume aller Schwimmhallen durch den Vertreter der Stadt bekannt gegeben. Die Vertreter des SV Wasserspringen waren zu beiden Sitzungen anwesend. Sie erhoben keine Einwände gegen die Schließungszeiträume.

Am 04.06.2008 beantragte der Olympiastützpunkt auf Wunsch des SV Wasserspringen zusätzliche Hallennutzungszeiten während der nunmehr feststehenden Schließungszeiträume.

Dieser Antrag wurde unverzüglich zuständigkeitshalber an das ZGM weitergeleitet. Von dort wurde er abschlägig beschieden, weil zu diesem Zeitpunkt das Ausschreibungsverfahren bereits vollzogen war.

- 3.) Hat man nach Möglichkeiten gesucht ihnen diese Zusatzbelastung zu ersparen?
Wenn ja, welche?
Wenn nein, warum nicht?

In der Stadt Halle existiert keine weitere Sprunghalle. Es war somit nicht möglich, die für die Sportler entstandene Zusatzbelastung zu verhindern.

Dr. Bernd Wiegand
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.16 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+
UNABHÄNGIGE - zu den Kosten der Unterkunft und den
Auswirkungen auf den Verwaltungshaushalt und das
Haushaltskonsolidierungskonzept
Vorlage: IV/2008/07417**

Wegen der steigenden Rohstoffpreise und den damit verbundenen Steigerungen für
Unterkunft und Heizung fragen wir:

Welche zusätzlichen Mittel müssen für das HHJ 2008 für die Kosten der Unterkunft
und Heizung in den Haushalt eingestellt werden?

Mit welchem Kostenanstieg rechnet die Stadtverwaltung für das HHJ 2009?

Wird die Erhöhung der Kosten für die Unterkunft und Heizung das HHKK mittelfristig
beeinflussen?
Wenn ja, wie?

gez: Sabine Wolff
Stadträtin NEUES FORUM

gez.: Prof. Dr. Dieter Schuh
Stadtrat UNABHÄNGIGE

Antwort der Verwaltung:

Die Prüfung, inwieweit die in der derzeitigen KdU - Richtlinie vorgegebenen Richtwerte für Betriebskosten (1,25 Euro je m²) und Heizungskosten (1,05 Euro je m²) den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen, erfolgte bislang durch Städtevergleiche und die Auswertung der bundesweiten Heizungs- und Betriebskostenspiegel des Deutschen Mieterbundes. Außerdem wurde das Verhältnis von Nachzahlungen und Rückzahlungen im Rahmen der jeweiligen Jahresabrechnungen vor Ort beobachtet. Die Bundesanstalt für Arbeit hat inzwischen die Möglichkeit geschaffen, anonymisierte Datensätze regional auszuwerten. Diese Datensätze stehen inzwischen der Statistikstelle der Stadt Halle zur Verfügung. Für den Bereich der KdU stehen stichtagsbezogen und unterteilt nach Haushaltsgrößen die Einzeldaten für die Nettokaltmiete, für die Betriebskosten und die Heizkosten jeweils separat zur Verfügung. Das Sozialamt hat deshalb die Statistikstelle gebeten, folgende Auswertung zu fahren:

In wievielen Fällen wird, unterteilt nach Haushaltsgröße und Kostenart, der in der KdU - Richtlinie vorgegebene Richtwert überschritten, und wie hoch ist die durchschnittliche Überschreitungssumme?

Anhand dieser Zahlen wird das Sozialamt überprüfen, inwieweit die derzeit gültigen Sätze noch angemessen sind und ggf. einen Veränderungsvorschlag unterbreiten.

Eine konkrete Einschätzung der haushaltsmäßigen Auswirkungen lässt sich erst nach Vorliegen der genannten Daten treffen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die Zahl der Leistungsempfänger im ALG II derzeit nach wie vor rückläufig ist.

Dr. habil. Hans-Jochen Marquardt
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.17 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+
UNABHÄNGIGE - zur Schließung von Räumen im Stadtteilzentrum
Silva auf der Silberhöhe
Vorlage: IV/2008/07409**

1. Was bedeutet die vorzeitige Schließung von genutzten Räumen des Stadtteilzentrums für die eventuelle Rückzahlung der ausgereichten Fördermittel?
2. Welche Nutzung stellt sich die Stadtverwaltung zukünftig für die geschlossenen Räume vor?
3. Welche Auswirkung hat die Schließung auf die Sozialraumorientierung?
4. Wann hat die Verwaltung von dem Träger erfahren, dass sie die Räume nicht mehr nutzen wollen bzw. können?
5. Wurden Gespräche mit dem Träger geführt, um eine Schließung zu vermeiden?

gez.: Sabine Wolff
Stadträtin NEUES FORUM

gez.: Prof. Dr. Dieter Schuh
Stadtrat UNABHÄNGIGE

Antwort der Verwaltung:

1.

Es ist richtig, dass beim Bau des Begegnungszentrums Fördergelder in Anspruch genommen wurden, welche im Falle einer dauerhaften Schließung zurückgezahlt werden müssen. Die Stadtverwaltung befindet sich seit dem Bekanntwerden des Rückzuges des

Trägers aktiv in Gesprächen mit unterschiedlichen Interessenten, um dem SILVA eine geeignete und nachhaltige Nachnutzung zuzuführen.

2.

Gegenwärtig werden dazu aktiv Gespräche mit anderen Interessenten zu einer Fortführung der Begegnungsstätte geführt. Sinnvollerweise bietet sich auf Grund der vorhandenen Einrichtung des SILVA eine Nachnutzung mit gastronomischem Bezug an. Parallel wird mit der ARGE geprüft, unter welchen Bedingungen künftig eine zusätzliche Projektförderung möglich ist, deren Wegfall dem ehemaligen Träger die Weiternutzung unmöglich gemacht hat.

3.

Die Stadtverwaltung geht gegenwärtig nicht von einer Schließung des SILVA aus. Eine etwaige Schließung hätte zwar einen bedauerlichen Infrastrukturverlust zur Folge, der aber das Arbeitsprinzip der Sozialraumorientierung nicht in Frage stellt.

4. und 5.

Die Verwaltung hat Mitte Juni erfahren, dass die durch die ARGE zusätzliche gewährte Projektförderung für den praktischen Ausbildungsteil der Koch und Köchinnen Ausbildung, welche im SILVA bewerkstelligt wurde, auf Grund geänderter Förderbedingungen nicht mehr erfolgt. Die Verwaltung ist danach mit allen Beteiligten in Kontakt getreten, um alternative Unterstützungsmöglichkeiten zu prüfen.

Wolfram Neumann
Beigeordneter

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte nach, ob es zwischenzeitlich neue Erkenntnisse bzw. Informationen gibt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass die Verwaltung noch dabei sei, eine Lösung zu finden. Sie sicherte zu, dass innerhalb der nächsten vier Wochen geklärt werde, wie es mit dem SILVA weiter geht. Es werde aber auf jeden Fall geöffnet bleiben.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, fügte hinzu, dass die Verwaltung sich momentan mit drei unterschiedlichen Trägern aktiv in Gesprächen befindet.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.18 Anfrage der Stadträtin Ute Haupt - DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zur Stadtteilbegegnungsstätte "Silva", Silberhöhe
Vorlage: IV/2008/07381**

In den letzten Wochen wurden zahlreiche, auch sich widersprechende, Informationen zur Stadtteilbegegnungsstätte „Silva“ bekannt.

Vom derzeitigen Träger der Stadtteilbegegnungsstätte „Silva“ wurde bekannt gegeben, dass die Einrichtung per 31.07.2008 schließt und damit den Bürgern, Vereinen, Verbänden und anderen Gruppen für Veranstaltungen etc. nicht mehr zur Verfügung steht.

Aus diesen Gründen frage ich die Stadtverwaltung:

1. Wie stellt sich aus Sicht der Stadtverwaltung die Situation dar?
2. Welche Gründe sind für die Schließung ausschlaggebend?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, die Stadtteilbegegnungsstätte wieder zu eröffnen, (ggf. auch mit einem anderen Träger) um u. a. auch die Fördermittel aus dem „Programm soziale Stadt“ sachgemäß weiter zu nutzen (und nicht ggf. an das Land zurückzuzahlen!)?
4. Im Objekt „Silva“ war bisher auch das Stadtteilbüro Silberhöhe, welches von Frau Jonas geleitet wird, zu erreichen.
Welche Perspektiven ergeben sich für dieses Stadtteilbüro in der Zukunft?

gez. Ute Haupt
Stadträtin

Antwort der Verwaltung:

1.

Es ist richtig, dass sich der derzeitige Träger des SILVA zum 31.08.2008 zurückziehen wird. Richtig ist auch, dass beim Bau des Begegnungszentrums Fördergelder in Anspruch genommen wurden, welche im Falle einer dauerhaften Schließung zurückgezahlt werden müssen. Die Stadtverwaltung befindet sich seit dem Bekanntwerden des Rückzuges des Trägers aktiv in Gesprächen mit unterschiedlichen Interessenten, um dem SILVA eine geeignete und nachhaltige Nachnutzung zuzuführen.

2.

Soweit es die Gründe betrifft, welche den Träger zum Rückzug seiner Aktivitäten bewogen im SILVA haben, sind diese der Stadtverwaltung zur Kenntnis gegeben worden.

Im Wesentlichen ist danach der Rückzug des Trägers auf die geänderten Förderbedingungen der ARGE im Rahmen des Sozialgesetzbuches zurückzuführen. Auf Grund eben dieser Änderungen war es der ARGE nicht mehr möglich, den im SILVA stattfindenden praktischen Ausbildungsteil der Kochausbildung im Rahmen einer Projektförderung (finanziell) zu unterstützen. Mit Wegfall der Projektunterstützung war die konkrete Projektdurchführung für den Träger nicht mehr rentabel.

3.

Der Stadtverwaltung ist bewusst, dass bei einer dauerhaften Schließung der Begegnungsstätte das Risiko einer potentiellen Rückzahlung von Fördermitteln besteht. Gegenwärtig werden daher Gespräche mit anderen Trägern zu einer Fortführung der Begegnungsstätte geführt. Parallel wird geprüft, unter welchen Bedingungen zukünftig eine zusätzliche Projektförderung möglich ist.

4.

Die Stadt hält an einer Beibehaltung des Stadtteilbüros fest.

Wolfram Neumann
Beigeordneter

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., stellte dar, dass das SILVA ein Stadtteilzentrum war, was von Vereinen, Parteien und Bürgern genutzt worden ist. Diese haben jetzt keine Möglichkeit, dort ihre Beratungen und Versammlungen durchzuführen. Sie bat die Verwaltung, dies zu beachten und eine Zwischenlösung zu finden.

Zur zweiten Frage erklärte sie, dass neben der ARGE-Problematik sie weiterhin erfahren habe, dass es auch um sehr hohe Betriebskosten ginge, die auf Energiekosten usw. zurückzuführen sind. Der zukünftige Träger hätte dann ebenfalls diese Probleme. Sie fragte nach, ob die Verwaltung im Vorfeld dahin gehend noch etwas tun werde.

Bezogen auf die vierte Frage äußerte Frau Ute Haupt, dass Frau Jonas schon lange Zeit krank sei. Während dieser Zeit haben sich Personen auf diese Stelle beworben. Diese haben die eindeutige Antwort erhalten, dass die Stadt an dieser Stelle nicht mehr festhalten werde. Sie fragte nach, ob es neue Überlegungen gibt.

Frau Ute Haupt bat um eine schriftliche Antwort.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.

zu 9 Mitteilungen

**zu 9.1 Jahresrechnung 2007 und Haushaltsplan 2009 der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung
Vorlage: IV/2008/07333**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.2 Jahresrechnung 2007 und Haushaltsplan 2009 der Oelhafe-Zeysesche Stiftung
Vorlage: IV/2008/07334

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

Sachstand Haushalt 2008

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, teilte mit, dass bereits im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften sowie im Hauptausschuss darüber ausführlich berichtet wurde.

Aufgrund einer Vorprognose auf das Jahresende sei mit Mehraufwendungen zu rechnen, die sich zum einen aus nicht kommenden Zahlungen des Landes ergeben und zum anderen aus Tarifierhöhungen im Bereich der Personalkernverwaltung. Im Kulturbereich ergeben sich Mehraufwendungen von exakt 1,52 Mio. €, im KITA-Bereich von 2,8 Mio. €, aufgrund von gestiegenen Anmeldungen bei Kindern und bei der Hilfe zur Erziehung, Unterhaltsvorschussgesetz von 2 Mio. €.

Bei einigen Positionen habe die Verwaltung schon entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen. Es gebe eine weitere Verfügung als Ergänzung zur Haushaltssperre vom April 2008. Darin wurde das Vorlage- und Entscheidungsverfahren innerhalb der Verwaltung noch einmal definiert. Das bedeutet, es wurde eine weitere Prüfungsebene eingezogen, bevor Entscheidungen getroffen werden, die zu finanziellen Auswirkungen führen.

Nach derzeitigem Stand habe man außerplanmäßige Mehraufwendungen in Höhe von 13,3 Mio. €, so dass man zum Jahresende - mit der Deckungslücke von 13 Mio. € laut Haushaltsplanung - von einem Haushaltsdefizit in Höhe von insgesamt 26,3 Mio. € ausgehen müsse.

Weitere Mitteilungen gab es nicht.

zu 10 mündliche Anfragen von Stadträten

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte, ob die Stelle des EU-Referenten schon besetzt wurde und an welches Amt diese Stelle angegliedert wird.

Weiterhin fragte sie nach einem Ausweichstandort für die Frischemarkthändler während des diesjährigen Weihnachtsmarktes.

Frau Ruhl-Herpertz, Amtsleiterin Büro der Oberbürgermeisterin, antwortete zur ersten Frage, dass die Stelle noch nicht besetzt ist, da das Bewerbungsverfahren zurzeit noch läuft. Die Stelle soll in das Büro der Oberbürgermeisterin eingegliedert werden.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport, entgegnete auf die zweite Frage, dass mit den Händlern gesprochen wurde und die Verwaltung allen Interessen gerecht werden und eine einvernehmliche Lösung finden möchte. Den Händlern wurde als Ausweichstandort der „Alte Markt“ angeboten.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, bat um nähere Informationen zu der PPP-Gesellschaft, der die Stadt beitreten möchte.

Des Weiteren fragte er, wie die Verwaltung zu der Entscheidung gekommen ist, das Parken auf Schulhöfen nicht mehr zuzulassen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass die PPP-Gesellschaft eine Gesellschaft des Bundes ist. Diese sei noch nicht gegründet, aber die meisten Länder haben bereits ihre Zustimmung erklärt. Eine Mitwirkung als Gesellschafter habe die Stadt abgelehnt, aber sie könne sich vorstellen, potenzieller Nutzer dieser PPP-Beratergesellschaft zu sein. Finanzielle Verpflichtungen ergäben sich nur dann, wenn die Gesellschaft vertraglich gebunden würde.

Zur zweiten Anfrage von Herrn Bönisch erklärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass allgemein das Parken auf städtischen Flächen geprüft wurde. Es wurde ein System entwickelt, um die Parkflächen anzumieten. Im Bereich der Schulhöfe werde generell das Parken nicht mehr erlaubt, um den Schülern auf den Schulhöfen die Pausengestaltung besser zu ermöglichen. Ausnahmen gebe es nur für Lehrer mit Behindertenstatus oder für Lehrer, die an mehreren Schulen unterrichten. Diese müssen, wie auf anderen städtischen Parkflächen, ebenfalls eine Mietgebühr in Höhe von 36 € pro Monat zahlen. Sie nehme die Anregung auf, um ggf. auf großen Schulhöfen Parkflächen für Lehrer und ggf. auch Schüler auszuweisen.

Herr Misch, CDU-Fraktion, informierte über ein groß erschlossenes eingezäuntes Baufeld in der Blücherstraße/Ernst-Grünfeld-Weg in Heide-Süd. Dort werden gegenwärtig Tiefbauarbeiten vorgenommen. Die Baufahrzeuge fahren über einen Fuß- und Radweg, ohne dass dort ein Überfahrerschutz aufgebracht wurde. Er fragte nach dem Bauherrn, was dort gebaut wird und ob in der Baugenehmigung eine Auflage enthalten ist, dass beim Überfahren des Fuß- und Radweges ein Überfahrerschutz aufzubringen ist.

Weiterhin teilte er mit, dass das THW-Jugendcamp dieses Jahr wieder stattgefunden habe. Bei der Eröffnung am 8. August wurde erheblich Beschwerde geführt. Zu der ersten Kontaktaufnahme am 9. Juli ist vom Jugendamt niemand erschienen. Auf Nachfrage haben die Mitarbeiter geäußert, dass sie von dieser Einladung nichts gewusst haben. Ebenfalls wussten sie nicht, dass im Stadtrat dazu eine Anfrage bearbeitet wurde und welchen Inhalt diese hatte. Am 16. Juli wurde dann dem THW mitgeteilt, dass sich das Jugendamt an dem diesjährigen Jugendcamp nicht beteiligt.

In diesem Zusammenhang bedankte sich Herr Misch bei Frau Oberbürgermeisterin Szabados, die dem Jugendamt eine Weisung erteilt hatte, das Vorhaben wieder zu unterstützen.

Die Unterstützung der Stadt Halle bestand dieses Jahr darin, dass man 20 Jugendliche ausgewählt hatte. Von den 20 Jugendlichen sind nur 18 gekommen, für einen Ersatz hat das Jugendamt nicht gesorgt. Von den zwei Betreuern, die gestellt werden sollten, ist eine Praktikantin abgestellt worden und die zweite Person war wegen Erkrankung nicht erschienen. Auf Nachfrage beim Jugendamt wurden dem THW die AWO und andere Institutionen genannt, an die man sich wenden könne.

Diese Vorfälle waren insofern peinlich, weil das Bundesinnenministerium dafür extra 10.000 € bereit gestellt hatte.

Er fragte, warum dieses Camp in der Verwaltung so schlecht organisiert wurde. Abschließend wies Herr Misch darauf hin, dass eine Mitarbeiterin, Frau Monika Schad, sehr positiv aufgefallen war. Sie war sehr aufgeschlossen und hat konstruktiv mitgewirkt.

Bezogen auf die zweite Anfrage betonte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** ausdrücklich, dass ein solches Verhalten nicht zu entschuldigen sei. Notfalls müsse man personelle Konsequenzen ziehen. Sie bat Herrn Beigeordneten Dr. Marquardt, diesen Sachverhalt zu prüfen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte, wie es zu dem Auktionsangebot von 15.000 € für das Grundstück Gutshof in Halle-Neustadt (Passendorfer Schlösschen) kommt. Dieses Grundstück sei ca. 14 000 m² groß. Das entspricht 1 € pro m² bei einem Mindestangebot von 15.000 €. Dieser Preis sei ausgesprochen niedrig. Nach dem kommunalen Abgabegesetz sei die Stadt gehalten, die Wirtschaftsgüter so zu verwalten, dass sie sich nach Möglichkeit vermehren.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, antwortete, dass es sich hierbei um insgesamt zwei Grundstücke handelt, die sich in der Versteigerung befinden. Das sind der Schulplatz 7 und die Teichstraße 13. Bei dem nachgefragten Grundstück handelt es sich um die Teichstraße 13. Hier bemüht sich die Verwaltung seit mehreren Jahren um eine Vermarktung des Grundstücks bzw. hierfür einen Investor zu finden.

Dass die Grundstücke getrennt ausgeschrieben werden, sei eine Empfehlung des Auktionshauses, um letztendlich dort einen vernünftigen Kaufpreis erzielen zu können.

Weiterhin klärte Herr Neumann auf, dass die beiden Liegenschaften anfangs einen Gutachterwert von insgesamt 1,3 Mio. € hatten. Dieser Wert sei inzwischen aufgrund des Zustandes unter 200 T€ gesunken. Mit der Versteigerung habe man die Möglichkeit, einen Investor für dieses Grundstück zu finden, weil es auf anderem Weg bisher nicht funktioniert hat.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte im Zusammenhang mit dem Parkverbot auf Schulhöfen, ob dieses Verbot auch für Fahrräder gilt bzw. ob auch für Fahrräder eine Gebühr verlangt wird.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erwiderte, dass für Fahrräder keine Stellplatzgebühr verlangt werde. Für die Fahrräder muss es vernünftige Fahrradständer geben und diese sollten schon auf dem Schulgelände stehen. Sie sagte eine Prüfung dieses Sachverhaltes zu.

Herr Weihrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, informierte über die Ausschreibung zu den Planungsleistungen für die Klausbrücke, die im letzten Amtsblatt erschienen sei. Er fragte, welche Variante diesen Planungen zugrunde gelegt wurde.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack entgegnete, dass im nächsten Ausschuss für Planungsangelegenheiten die Vorlage zur Klausbrücke behandelt wird.

Weitere Anfragen von Stadträten gab es nicht.

zu 11 Anregungen

zu 11.1 Anregung des Stadtrates Joachim Geuther - CDU - zur Wiedereröffnung Sommerbad Ammendorf Vorlage: IV/2008/07400

Im Rahmen der jetzt in Rede stehenden Privatisierung der städtischen Bäder sollte in den entsprechenden Verträgen sichergestellt werden, dass der Investor die Möglichkeit erhält (ggf.: nicht die Möglichkeit erhält - Ausschluss), weitere Bäder zu betreiben bzw. geschlossene Bäder, wie z.B. das *Sommerbad Ammendorf*, wieder zu eröffnen. Voraussetzung dafür ist mindestens Kostenneutralität für die Stadt.

Joachim Geuther
Stadtrat

Antwort der Verwaltung:

Die Verwaltung wird die Anregung aufnehmen und bei den Verhandlungen zur Übertragung der städtischen Bäder berücksichtigen.

Die Verwaltung erachtet es für notwendig, die Flächen der geschlossenen Bäder einer sinnvollen Nachnutzung zuzuführen. Dabei sind auch Aspekte der Stadtentwicklung zu berücksichtigen.

Dr. Bernd Wiegand
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, regte an, die den Schulen zugeordneten Flächen weiterhin den Lehrern und Schülern zum Parken zur Verfügung zu stellen. Es sollten nicht nur Lehrer, die behindert oder Pendler sind, einen Stellplatz mieten dürfen. Er schlug vor, allen Lehrern das Parken auf den Schulhöfen zu gestatten für eine Stellplatzgebühr von 25 € pro Monat. Einige Lehrer seien auf das Auto angewiesen und haben erhebliche Probleme, ihr Auto im Umfeld von Schulen abzustellen. Es gibt Schulen mit bis zu 150 Stellflächen, die jetzt ungenutzt bleiben und keine Einnahmen bringen. Weiterhin sollte man die Anzahl der Parkflächen in das Ermessen der Schulkonferenz stellen.

Ebenso schlug Herr Bönisch vor, den Schülern Parkplätze kostenfrei zur Verfügung zu stellen. In der Regel sind das gerade im Berufsschulbereich Auswärtige, die zum Teil Fahrgemeinschaften bilden.

Er bat die Verwaltung um schnellstmögliche Stellungnahme, um bei Ablehnung seines Vorschlages einen Antrag in die nächste Stadtratssitzung einbringen zu können.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine Prüfung dieser Anregung zu, auch den Hinweis, auf großen Schulhöfen durch die Bereitstellung von Parkflächen Einnahmen zu erzielen. Aber vom Grundsatz her dürfe die Verwaltung nicht abweichen, da sie als Schulträger verpflichtet sei, entsprechend Freiraum für die Schüler zur Pausengestaltung zur Verfügung zu stellen. Die vorgeschlagene Stellplatzgebühr von 25 € werde sie aber nicht als Anregung aufnehmen, weil gerade die Festlegung getroffen wurde, dass städtische Mitarbeiter 36 € für einen Stellplatz auf städtischen Parkflächen zu entrichten haben. Das wäre unverhältnismäßig, wenn Landesbedienstete nur 25 € für einen Stellplatz zahlen müssten.

Herr Wehrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, bezog sich auf ein Gebäude an der Ecke Ludwig-Wucherer-Straße und Willy-Lohmann-Straße. Dieses sei seit Jahren baufällig und musste abgesperrt werden. Danach wurde ein Gerüst aufgestellt, was mittlerweile seit fast einem Jahr steht. Seines Erachtens sei es nur eine Frage der Zeit, bis dort ein schwerer Unfall passiert, da die Radfahrer mit hoher Geschwindigkeit teilweise auch auf dem Fußweg fahren, weil der Radweg fast zugeparkt wird. Er regte an, dass die Verwaltung hier tätig wird, damit der Bürgersteig und der Radweg wieder frei werden.

Herr Wehrich regte weiterhin an, dass bei dem Ausbau der Delitzscher Straße darauf geachtet wird, dass für Radfahrer und Fußgänger mehr Platz geschaffen wird. Verkehrsschilder stehen dort und Radfahrer müssen unter Beachtung der Fußgänger teilweise in beiden Richtungen auf einer Fläche fahren, die nicht einmal einen Meter breit ist.

Die Verwaltung nahm diese Anregungen auf.

Herr Dr. Fuchs, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, regte zum Thema Hanse nachfolgende Punkte an:

1. Die Stadtverwaltung stellt allen Fraktionen die Satzung der neuen Hanse zur Verfügung. Dort sei z. B. aufgeführt, dass man keinen Mitgliedsbeitrag mehr zahlen müsste.
2. Die Stadt beteiligt sich an den Hansefesten, die im nächsten Jahr wieder geplant sind und lädt dazu andere Hansestädte ein. Allein in Sachsen-Anhalt gebe es 10 Hansestädte.
3. Die Stadt prüft die Möglichkeiten, sich auf Veranstaltungen der anderen Hansestädte - zumindest über das Stadtmarketing - zu zeigen. Dies habe den Vorteil, dass man zu vielen Veranstaltungen eingeladen wird.
4. Das Stadtarchiv sucht gemeinsam mit der Universität Unterlagen heraus, was Halle in der Hanse war. Denn Halle war vor 500 bis 700 Jahren eine relativ bedeutende Stadt in der Hanse.

Die Verwaltung nahm diese Anregungen auf.

Weitere Anregungen gab es nicht.

zu 12 **Anträge auf Akteneinsicht**

Es lagen keine Anträge auf Akteneinsicht vor.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, beendete den öffentlichen Teil.

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

Kraft
Protokollführerin